

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Bülowstr. 21
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6188
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungliste Nr. 3164

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 14000 Exemplaren.

Inhalt.

Wie manche städtische Verwaltungen das Koalitionsrecht der Arbeiter respektieren. — Die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter zu Frankfurt a. M. — Hygienische Arbeiterfürsorge bei der Baudeputation zu Hamburg. — Halbfeiertage. — Nächstmal die ärztlichen Untersuchungen vor Aufnahme in den städtischen Dienst. — Staatsarbeiter Hamburgs, erwerbt das Bürgerrecht. — Notizen für Gasarbeiter. — Notizen über Sommerferien. — Die Volksversicherung, ihr Wesen und ihre Nachteile für die Arbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den Gemeinden. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Schriften und Bücher. — Verbandsteil. — Anzeigen.

Wie manche städtische Verwaltungen das Koalitionsrecht der Arbeiter respektieren.

I.

Dresden.

Die meisten Großstädte unseres Vaterlandes haben — bereits ein großes Stück sozialer Arbeit getan, und dieses Gebiet weiter auszubauen bleibt eine ungemein dankbare und wichtige Aufgabe für sie, nicht bloß weil sie damit vorbildlich ebenso für die privaten großen Arbeitgeber wie auch für den Staat vorangehen, sondern weil sie damit ihre Pflicht erfüllen und in den Arbeitern die Ueberzeugung schaffen und stärken, daß auf den Rathhäusern unserer deutschen Städte ein gerechter Sinn und der energische Wille herrscht, den wirtschaftlich schwachen Bürger zu schützen und zu heben und den sozialen Frieden zu fördern. —
(Oberbürgermeister Weutter zu Dresden.)

Die beste Sozialpolitik liegt in der Anerkennung des Koalitionsrechtes. Mit dieser Grundwahrheit haben sich die deutschen Gesetzgebungsorgane in Reich, Staat und Gemeinde bis auf den heutigen Tag noch immer nicht recht befreunden können, das ist allgemein bekannt und braucht in einer Zeit, wo das Volksbewußtsein die allerfordersamsten Rechtsansprüche mit stolischer Ruhe als etwas ganz Selbstverständliches hinnimmt, nicht besonders hervorgehoben werden. Was verlohnt es sich da eigentlich noch, von einer oder einigen Mahregelungen zu reden, die aus diesem antisozialen Geiste geboren werden. So lange die deutsche gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung besteht, haben deutsche Arbeiter Mahregelungen schämevoller Art über sich ergehen lassen, und manche Arbeiterfamilie ist darüber zugrunde gerichtet worden. Die Mahregelung ist ein offener Gewaltakt, der von der heutigen bürgerlichen Gesellschaft keine volle Sanktion erhalten hat, so lange er sich gegen — Arbeiter richtet. Versuchen da

*) Die sozialen Aufgaben der deutschen Städte. Zwei Vorträge, gehalten auf dem ersten deutschen Städtetag zu Dresden am 2. September 1903 von Dr. Adides, Oberbürgermeister in Frankfurt a. M. und Geh. Finanzrat a. D. Weutter, Oberbürgermeister in Dresden. Verlag von Dunder & Humblot, Leipzig.

gegen die Arbeiter durch irgend welche Mittel, wie z. B. Organisation, Streik oder Boykott, ihre Interessen zu schützen, flugs schreit das gekränkte bürgerliche Rechtsbewußtsein nach Polizei, Staatsanwalt und Militär. In den Parlamenten wird zur Sammlung geblasen, um hinter papierernen Schutzwällen, so Befehle genannt, Aufstellung zu nehmen gegen die Begehrlichen, Unzufriedenen, Umstürzler und sonstiges Volk. Wahlrechtsrübereien großen und kleinen Stils werden geplant, was Wunder, wenn scharfmaderischer Geist sich auch bei städtischen Verwaltungen hier und da einnistet.

In dieser Beziehung haben die städtischen Arbeiter Dresdens reichliche Erfahrungen zu sammeln Gelegenheit gehabt. Dresden, die Stadt der Mittelstandspolitik, entfaltet sich immer mehr zu einem sozialpolitischen Schilda. Da ist das Konsumvereinsverbot für städtische Arbeiter, die Unterbindung der Tätigkeit des gesamten Baugewerbes auf längere Zeit und manch anderes Schilddürgerstücklein bezeichnend, von der geplanten Wahlrechtsverschlechterung gar nicht zu reden. Kein einziger kritischer Geist, kein Sozialdemokrat unterbricht die idyllische Stille im Stadtparlament, und dennoch fühlt sich das Dresdener Pfahlbürgerthum nicht ganz sicher. Arbeiterforderungen werden im Stadtparlament gar nicht ernsthaft diskutiert. Die Eingaben der organisierten städtischen Arbeiter prallen an allen Stellen, wohin sie auch gerichtet werden mögen, ab wie eine Erbsen, die man etwa an die Stupel der Frauenkirche werfen würde. Das soziale Gewissen ist auf längere Zeit, vielleicht bis zum nächsten Städtetag, beiseite gewischt durch lösende Worte des Stadtoberhauptes. Das genügt einstweilen, und damit der ordnungsmäßige Gang der Dinge nicht unterbrochen wird, erfolgt alljährlich die fällige Mahregelung eines oder mehrerer organisierter städtischer Arbeiter als ein lebendiger Protest gegen die Ausübung der alternativen Staatsbürgerrechte. Unser Verband hat zurzeit in Dresden über tausend Mitglieder. In Ruhe und Stille entschlossen sich diese mehr als tausend Männer, von ihren staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch zu machen und sich zu organisieren, trotzdem man ihnen drohte: Wenn Ihr dem Verbands beitreten, werdet Ihr nichtkündig, das heißt soviel, daß Ihr aller der Benefizien — von Rechten ist noch lange keine Rede —, die die Arbeiterordnung vorzieht, nicht teilhaftig werdet.

In hohem Maße ist es der Dresdener Gartenbauverwaltung gelungen, sich in einen antisozialen Geruch zu bringen. Das dient in diesen Zeitläuften noch immer als besondere Empfehlung für Leute, die es noch weiter bringen wollen. In diesem Ressort herrschen die Herren Gartenbaudirektor v. Helar und Stadtrat Kammfeger. Unendlich viele Klagen haben die Arbeiter dieses Ressorts schon erhoben über ungerechte Behandlung**), und noch immer hatten wir Hoffnung, daß es bald besser werden würde. Wir hofften, daß insbesondere ungerechte Entlassungen durch eine sofortige Unterbindung nach Möglichkeit vermieden werden und daß die höheren Ratsstellen auf Anruf objektiv entscheiden würden:

*) Vergleiche „Dresdener Mahregelungen“, Spalte 449, 1904, Gewerkschaft.

**) Siehe: Offener Brief an das Ratskollegium zu Dresden, Sp. 450, 1904 der Gewerkschaft.

Denn es war von maßgebender Stelle verkündet worden, daß auf den deutschen Mathauern ein gerechter Sinn herrsche und der energische Wille, den wirtschaftlich schwachen Bürger zu helfen und den sozialen Frieden zu fördern.

Wir haben jetzt wieder eine neue Probe aufs Exempel.

Am 21. Dezember 1904 wurde der in der Stadtgärtnerei beschäftigte Gartenarbeiter Schachtzabel, welcher seit 28. April 1898, also über sechs Jahre, im Dienste der Stadt Dresden stand, ohne Kündigung entlassen. Dem Entlassenen wurde damals gesagt, er soll nur aussetzen, da im Etat für keine Weiterbeschäftigung im Winter keine Mittel vorgezogen seien. Herr Direktor v. Nskar versicherte im Beisein des Herrn Stadtrat Mannheimer dem Arbeiterausschuß, der sich damals der Sache annahm, daß eine Entlassung nicht vorliege. Da aber wesentlich dienstjüngere Arbeiter weiter beschäftigt wurden, so schlossen die Kollegen hieraus, sowie aus den Begleitumständen, daß hier doch wieder eine Maßregelung vorliegt. Diese Maßregelung ist aber zur Evidenz erwiesen, nachdem auf eine Eingabe Schachtzabels vom 3. März an den Oberbürgermeister um Wiedereinstellung der ablehnende Bescheid vom 17. März d. J. erging. Unserem Mitglied Schachtzabel ist in seinem Zeugnis becheinigt worden, daß er seine Arbeiten zur Zufriedenheit ausführte. Wie in dem Bescheide vom 17. März d. J. ersichtlich, ist lediglich die Erklärung der Verwaltung der Gartenanlagen dafür maßgebend gewesen, daß Schachtzabel nicht wieder eingestellt werden ist. Wir haben Ursache anzunehmen, daß die städtische Verwaltung der Gartenanlagen zu Dresden sich mit ihren eigenen Befundungen in Widerspruch gesetzt hat, indem sie erst erklärte, daß Schachtzabel nicht entlassen werden, sondern nur aussetzen solle, ihm dann ein sehr gutes Zeugnis über seine Brauchbarkeit ausgestellt und dann an die vorgelegte Behörde berichtet, daß die Wiedereinstellung nicht verfügt werden kann.

Aber die Dresdener Gartenbauverwaltung setzt sich sogar mit ihrem Oberbürgermeister in Widerspruch. Wenn diese Verwaltung schließlich formell das Recht hat, zu entlassen, wenn sie will und auch das Recht hat, ihre Gründe nicht zu nennen, so hat sie aber doch nicht das Recht, die staatsbürgerlichen Rechte der städtischen Arbeiter zu beeinträchtigen. Das ist aber geschehen, indem vorzugsweise unsere Verbandsmitglieder trotz jahrelanger Beschäftigung und Loyalität und Gewissenhaftigkeit im Dienste wegen Behandszugehörigkeit entlassen worden sind. Die Herren Direktor v. Nskar und Stadtrat Stammwetter haben durch ihre wiederholten Äußerungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß es in ihrer Absicht liegt, Mitglieder bzw. Vertreter unserer Gewerkschaft nicht in städtischen Betrieben zu dulden, soweit ihr Ressort reicht. Dagegen hat der Herr Oberbürgermeister wiederholt erklärt, daß er nichts dagegen einzuwenden habe, wenn sich städtische Arbeiter organisieren.

Nachdem die persönlichen Bemühungen Schachtzabels und des Arbeiterausschusses, ein erträgliches Rechtsverhältnis wieder herzustellen, endgültig gescheitert waren und der Verbandsvorstand schon über ein Vierteljahr Gemäßigtemunterstützung zahlte, beschloß dieser, sich an den Dresdener Oberbürgermeister zu wenden mit dem Ersuchen, eine objektive Untersuchung herbeizuführen zwecks Aufklärung der Widersprüche der Gartenbauverwaltung.

Eine eingehende Eingabe wurde am 11. April d. J. abgehandelt und besonders darum gebeten, an oberster Ratsstelle nicht nur allein die Beamten der Gartenbauverwaltung zu hören bzw. deren schriftlichen Berichte zu beachten, sondern zu veranlassen, daß in Gegenwart der Beamten auch die befreiten Arbeiter, darunter in diesem Falle Schachtzabel, zu Worte kommen.

Man hat uns schon unverbesserliche Optimisten genannt, daß wir immer noch das Vertrauen hatten zu den Vertretern derer, die sich nach „Verf.“ und Bildung maßgebend“ halten, in Arbeiterfragen einen ungetrübten Blick bewahrt zu haben und Recht und Gerechtigkeit auch dann wahren lassen, wenn Arbeiter es heißen. Unser Optimismus sollte aber wieder einmal auf sein richtiges Maß zurückgeführt werden, denn unterm 22. April 1905 erhielt der Verbandsvorstand folgende lateinische Antwort aus Dresden:

„Nach Prüfung der über die Entlassung des bei der hiesigen Stadtgärtnerei beschäftigt gewesenen Gartenarbeiters Ernst Richard Schachtzabel ergangenen Akten habe ich auf die Eingabe vom 11. d. M. mitzutheilen, daß ich keine Ver-

anlassung gefunden habe, die von der zuständigen Stelle erfolgte Ablehnung der Wiedereinstellung Schachtzabels zu beanstanden. Hochachtungsvoll

Reutler,
Oberbürgermeister.

Da hätten wir also den Salat!

Wir ersehen aus dem Schreiben vorerst, daß die Prüfung lediglich nur auf „Grund der Akten“ erfolgte. Wenn wir gewußt hätten, daß weiter nichts unternommen würde, als Vorlegung der Akten, dann hätten wir uns sicher unsere Mühe erspart, denn die Akten werden schon ergeben, daß Schachtzabel ein unverbesserlicher Sünder ist. Sodann wird gesagt, daß keine Veranlassung vorliegt, den Entscheid der zuständigen Stelle zu beanstanden. Die Gartenbauverwaltung ist die zuständige Stelle. — Es wird demnach hohe Zeit, daß die zuständige Stelle über derartige Entscheidungen verlegt wird. Darüber werden wir uns in einem weiteren Artikel verbreiten, nachdem wir einen neuen Gewaltakt aus Stettin behandelt haben werden.

Die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter zu Frankfurt a. M.

II.

Nachdem wir bereits in Nr. 9 unserer Zeitschrift den Bericht über die Stadtverordnetenversammlung vom 4. April d. J. gebracht haben, wird es unseren Lesern schon etwas leichter fallen, sich ein Urteil über den Wert und der Bedeutung der in voriger Nummer wiedergegebenen Lohnliste zu bilden. In der Tat, diese Verhandlungen des Stadtparlamentes sind zur Beurteilung der Dinge unentbehrlich. Der Herr Oberbürgermeister Nides, der sich immer etwas schwer auf den Namen unserer Organisation besinnen kann, rühmte dem neuen System große Vorteilhaftigkeit nach und erwartete von ihm den Siegeszug durch alle Städte Deutschlands. Gemeint ist damit das Prinzip des Wohnungsgeldes oder des Mietzuschusses und die Unterscheidung zwischen älteren, d. h. über dreißig Jahre alten Arbeitern und Familienvätern, und jüngeren und ledigen Leuten. Im allgemeinen trifft es bekanntlich zu, daß an den Familienvätern schließlich größere Ansprüche herantraten als an den ledigen jungen Mann, der weder für Familie noch für sonstige Angehörige zu sorgen hat. Auch steigern sich mit den Jahren die Ansprüche an das Leben und aus diesem Grunde sind wir immer dafür eingetreten, daß mit den Dienstjahren eine Erhöhung des Lohnes eintritt. Man darf wohl sagen, daß die schwerste Periode für den Arbeiter in der Zeit des 25. bis zum 40. bzw. 45. Lebensjahre liegt. Die Gründung eines Haushaltes und alles Trum und Trand, die Geburten und Todesfälle in der Familie, die Erziehung, der Lebensunterhalt und alles, was sonst noch damit in Verbindung steht, kostet entschieden viel mehr als der Arbeiter verdient. Von demselben Lohne, der bisher knapp für den ledigen Mann reichte, sollen anstatt des einen erwachsenen Menschen auf einmal zwei leben. Stammen im Laufe weniger Jahre drei oder vier Kinder hinzu, so liegt es klar auf der Hand, daß sofern nun die ganze Familie von dem Lohne des Mannes leben soll, ein Notstand eintritt. Deshalb predigt ja gerade der Neomalthusianismus der Arbeiterkassen ganz nachdrücklich strenge Verkürzung der Kindererzeugung, eine Maßnahme, die für den einzelnen am Ende sehr vorteilhaft erscheint, der Gesamtheit, der Nation, der Rasse aber entschieden zum Schaden gereicht, wenn sie in Permanenz geübt wird. Jedenfalls bleibt aber die Tatsache bestehen, daß vielfach der Proletarier durch die Gründung einer Familie, wenn er nicht gerade die Annehmlichkeit einer Frau hat, wirtschaftlich betrachtet, vom Regen in die Traufe kommt. Er zengt bestmöglicherweise wieder Proletarier, die ihm unter Umständen noch keineswegs dankbar sind, und der arme Familienväter hat den Minderreichtum noch selten als einen Segen betrachtet.

Also das Prinzip des Mietzuschusses und der erhöhten Zulagen in einem gewissen Alter unter Berücksichtigung der Familienstärke erscheint durchaus zweckmäßig, solange die sozialen Zustände keinen anderen Ausgleich bieten. Wenn wir somit den weitestgehenden Grundgedanken der Lohnliste billigen, so haben wir in anderer Beziehung umso mehr Ursache, die vom Magistrat beabsichtigten Grundzüge und Bestimmungen abzulehnen.

Gleich der Abjakt A 1 der Vorbemerkungen, wonach den Arbeitern durchaus kein Anspruch auf die Lohnsätze und die Zulagen zusteht, ist ganz entschieden zu verwerfen. Die Bestimmung A 1 erhebt die Willkür der Verordnungen ja geradezu zum Gesetz, indem die Amtsstellen die Entscheidungen über Lohnhöhe und etwaigen Zulagen treffen. Auch der Modus, daß der Magistrat einseitig und allem unter Ausschießung des Stadtverordnetenkollegiums beschließt, kann nicht entschieden genug bekämpft werden. Die neue Lohnliste soll nach den Berechnungen des Magistrats einen jährlichen Mehraufwand von 185 000 M. verursachen. Wenn man dies also schon festgestellt hat, warum beschließt man denn nicht bestimmt und

forrest, für die und die Arbeiter beträgt der Lohn unter den und den Verhältnissen so und so viel? Das wäre einfach und würde dem sozialen Verständnis des Frankfurter Magistrats ein viel besseres Zeugnis ausstellen als diese lausdumfahigen Bestimmungen. Der Stadtverordnete Dr. Cuard nannte diese Lohnbestimmungen sehr rückständig. Wir können ihm hierin nur beistimmen. Vermessen wir in den Grundzügen der Frankfurter Lohnstafel schon das Anmerkenswerte der Forderung nach gerechter Behandlung der Arbeiter und die Mitwirkung des Stadtverordneten-Kollegiums an den maßgebenden Beschlüssen, so erscheinen uns die Lohnsätze selbst von einem niedrigeren Geiste diktiert worden zu sein.

Schlagen wir die Gewerkschaft, Jahrgang 1904, Spalte 306 auf! Wir finden da die Eingabe der Frankfurter Kollegen aus dem März vorigen Jahres und wir sind sehr gut in der Lage, zu vergleichen, was die Arbeiter hatten, was sie forderten, und was sie schließlich erhielten. Die Zulagen betragen nach der Lohnstafel 20, 30 und 40 Pf. pro Tag, aber gerade in der untersten Klasse I hat der Magistrat 10 Pf. weniger bewilligt als gefordert. Hier hätte die Berücksichtigung der in der Petition zum Ausdruck gebrachten Wünsche ganz besonders not getan. Allerdings dort, wo der Mietzuschuß gezahlt wird, würden die geforderten Sätze und sogar noch etwas mehr erreicht werden, aber hierbei schneiden die Arbeiterfamilien mit ein oder zwei Kindern wesentlich ungünstiger ab. Der Grund dieser Ungünstigkeit ist noch Geheimnis des Magistrats. Diese Herren wissen aus eigener Erfahrung gar nicht, wie einem niedrig gelohnten Arbeiter gerade in der ersten Zeit seines Familienlebens zu Mute ist, wenn es gilt, Ausgaben für Hausgerät, Wäsche, Kleidung, Nahrung usw. zu bestreiten. Dabei braucht noch gar nicht an Luxus, nicht einmal an Komfort gedacht werden. In vielen Fällen werden minderwertige Sachen zu hohen Preisen aus Abzahlungsgeschäften entnommen, wodurch die Leute viele Jahre hindurch in ein qualvolles Schuldenverhältnis geraten.

Unsere Frankfurter Kollegen klagen lebhaft darüber, daß sie bisher noch nichts von den Lohnzulagen verspürt haben. Nun, dafür gibt Abtats A 2 der Vorbereitungen genügend Aufschluß. Es heißt ja da ausdrücklich, daß die Lohnstafel keine rückwirkende Kraft haben solle; auch sollen die Aufrückungen nicht sprunghaft vor sich gehen und diejenigen, welche zurzeit den Lohnsatz beziehen, welche die Lohnstafel für sie vorzieht, müssen so lange warten, bis sie an die Reihe kommen, und das kann unter Umständen drei Jahre dauern. Wo trachtet man die Lohnstufen an sich, so fällt einem unwillkürlich das Bild aus dem „Simplizissimus“ ein, auf dem mehrere Arbeiter der Stadt Frankfurt a. M. mit recht niedergeschlagenen Mienen dargestellt werden, die folgendes Gespräch miteinander führen:

„Nu, Gustav, biste nich mehr bei die städtischen Arbeiter?“
 „Ne, nehstn haben se mich entlassen, der Magistrat muß sparen in Kronprinz sein Hochzeitsgeschenk.“
 Heberall größte Sparpolitik. Auf der einen Seite große Worte über soziale Arbeiterfürsorge, auf der anderen Seite große Angst, daß es zu viel kosten könnte!

Die Petition forderte jährliche Lohnzulagen, so daß mit dem sechsten Dienstjahre der Höchstlohn erreicht würde. Der Magistrat sieht aber nur Zulagen von drei zu drei Jahren vor und während es früher sechs Aufrückungsstufen gab, gibt es jetzt deren nur fünf, und somit hat man die letzte Hochstufe ganz gestrichen. Erst nach dreizehn Dienstjahren kann der Arbeiter die Lohnstufe 3,80 M. erreichen. Da könnte man den Befehlen gewiß mehr entgegen kommen können, indem man die Aufrückungsstufen mindestens gegen fünf Jahre festsetzt unter Befreiung der Höchststufen von 4 bis auf zwei Jahre festsetzt unter Befreiung der Höchststufen von 6 bis auf 6,50 M. Das war gewiß kein unbilliges Verlangen. Die Lohnstufe 6 erscheint uns in allen Klassen mindestens sehr überflüssig. Man hätte die Lohnstufen anstatt nach unten, nach oben führen sollen und zwar so, daß die Mindestsätze 3,50 M. betragen und dann die Alterszulagen und der Mietzuschuß erfolgte.

Im übrigen braucht der Magistrat mit dem Mietzuschuß gar nicht so zu renommieren, denn die Stadt hat ja selbst künstlich einen Wohnungsnot geschaffen durch die Straßendurchbrüche, ohne vorher für genügend kleine Wohnungen gesorgt zu haben, und die Hausquartiere haben im voraus schon die Mietzuschüsse wieder eingeleitet.

Diese neue Lohnstafel mit ihren einengenden und ängstlichen Bestimmungen ist keineswegs eine soziale Grotzstat. Sie hätte es sein können, wenn man alle den Gesichtspunkten Rechnung getragen hätte, die wir als wesentlich hervorhoben. Die Nichtstimmung in den Kreisen der städtischen Arbeiter wäre nicht vorhanden, wenn der Magistrat beschließen hätte: Der Mindestwöchentlohn beträgt 25 M. Was aber soll ein verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern mit 20,10 M. pro Woche in Frankfurt alles ausdrücken? Eine Zweizimmerwohnung, die eingemietet bewohnbar ist, kostet in Frankfurt monatlich 30 M. Die maßgebenden Herren aber im Magistrat, denen die sozialen Strömungen unserer Zeit sehr gut bekannt und die aufs beste mit den Grundzügen aller Systeme des Municipal-

sozialismus vertraut sind, befinden sich in guter und sicherer Position und bei 30 000 M. Jahresgehalt braucht man sein Fleisch nicht von der Freibank zu beziehen. Für die städtischen Arbeiter Frankfurts zeigt sich so recht augenfällig der Unterschied des Gemeindefozialismus in Theorie und Praxis. Selbst wenn wir an dem guten Willen des Magistrats gar nicht zweifeln wollen, daß er bestrebt ist, für die städtischen Arbeiter höhere Löhne als notwendig anzuerkennen, so wissen wir, daß der Magistrat viel zu sehr von den Anschauungen der Stadtparlaments-Mehrheit abhängig ist. Gegenüber diesen Faktoren ist die Kollegenchaft Frankfurts ebenso wie die anderer Städte auf eine große, einheitliche, starke und gut fundierte Organisation angewiesen. Nach Lage der Dinge konnten unsere Frankfurter Kollegen nicht mehr erreichen. Auch für uns gilt der Grundsatz der hohen Politik: do ut des, und den können wir nur mit einer guten Gewerkschaft durchsetzen. Im Grunde genommen haben wir zur Klage gar keinen berechtigten Anlaß: Unsere Organisation ist in Frankfurt noch sehr jung und schwach und die Realitäten im wirtschaftlichen und sozialen Leben lassen sich durch einige Reden und Versammlungen allein nicht beeinflussen, dazu gehört Bewegung von Schwung und Kraft und von jäher Ausdauer. Mögen dies alle Frankfurter Kollegen beherzigen und unserer Verbände beitreten.

Hygienische Arbeiterfürsorge bei der Baudeputation zu Hamburg.

Unter dieser Epithete veröffentlichen wir in Nr. 8 der „Gewerkschaft“ vom 14. April ex. eine Bekanntmachung der genannten Verwaltungsbehörde, die den Straßenreinigern eine jährliche Vergütung von 24 M. — zahlbar postnumerando in vierteljährlichen Raten von 6 M. — zuspricht, „wenn sie sich über den dauernden Besitz von zwei Paar gut in Stand gehaltenen Stiefeln, von denen wenigstens ein Paar Schaftstiefel sein müssen, ausweisen“. In einem zweiten Absatz wird bestimmt: „Das nicht getragene Paar Stiefel ist ebenso wie die zum Wechsel bestimmte Dienstkleidung am Depot im Altsiederstran des Arbeiters aufzubewahren und bei dem regelmäßigen Velleidungsappell vorzuzeigen.“ Und weiter: „Die vierteljährliche Rate von 6 M. wird zuerst am 1. Juli 1905 gezahlt. Die Altsiederstränke werden, soweit nicht schon vorhanden, gleichzeitig beschafft.“ Da es eingangs in der Bekanntmachung heißt, daß „den Arbeitern der Straßenreinigung“ die Vergütung zuteil werden soll, so müssen außer den eigentlichen Straßenkehrern auch die auf der Verbrennungsanstalt und bei der Müllabfuhr beschäftigten Arbeiter diese Vergütung bekommen, denn auch diese Stiefelbesitzer gehören zum Meßort der Straßenreinigung.

Bei den Mehrmannschaften hat die Bekanntmachung der Baudeputation keine sonderliche Freude hervorgerufen; im Gegenteil: und manches scharfe Wort der Kritik ist darüber laut geworden; und ganz unbedeutend ist diese Unzufriedenheit vielleicht unverständlich finden; erhebend wird die Unzufriedenheit wohl gar streng verurteilen; er wird sich hinstimmend fragen: Haben die Leute nicht alle Veranlassung, sich über diese Zuwendung zu freuen, ja dafür dankbar zu sein? Sit nicht eine jährliche Ertragsvergütung von 24 M. für den Arbeiter nicht eine schöne Pflanze? Und weiter wird er sagen: Stiefel müssen doch die Arbeiter bei ihrer Arbeit an den Füßen haben, auch wenn sie diese Vergütung nicht bekommen, und irgendwelche sonstige Gegenleistung wird doch dafür nicht verlangt; also findet die Unzufriedenheit der Arbeiter nur darin ihre Erklärung, daß die Arbeiter überhaupt nicht zufriedenstellen sind, die Arbeitgeber können immer beginnen, was sie wollen!

Gemach, Ihr Herren, darüber wollen wir ein weiteres reden! Um aber von keiner Seite mißverstanden zu werden, betonen wir ausdrücklich, daß uns nicht in den Sinn kommen kann, bei dieser Gelegenheit über die prinzipielle Seite der Frage Untersuchungen anzustellen, ob Zufriedenheit und Dankbarkeit eine Nebenbedingung der Masse unserer Volksgenossen — einerlei, ob diese Masse gebildet wird aus Arbeitern oder anderen Volksschichten — finden dürfen und können. Wir behandeln diesmal die Unzufriedenheit der Ham-burger Straßenreiniger über die in Rede stehende Vergütung ihrer vorgesetzten Behörde als eine Sache für sich und wollen deshalb auch nur die von den Straßenreinigern dazu vorgebrachten Gründe wiedergeben.

Also unsere Straßenreiniger erklären: Die Bekanntmachung der Baudeputation verfolgt zweifellos einen guten Zweck. Es soll den Straßenreinigern, die verhältnismäßig ungemein viel Fußbekleidung gebrauchen müssen, dazu eine Beihilfe gewährt werden. Gleichzeit will die Baudeputation den Straßenreinigern ermöglichen, stets gute Fußbekleidung zu haben zum Schutze ihrer Gesundheit, dieses kostbarsten Gut des Menschen. Daher auch die Bestimmungen über die fernere Instandhaltung und Aufbewahrung der Stiefel. Nun aber fragen wir: Wird dieser gute Zweck durch die Bekanntmachung und ihre Auswirkung seitens der ausführenden Organe bei der Straßenreinigung erreicht? Antwort: Leider ist dies nicht der Fall. Die Sache liegt nämlich folgendermaßen:

*) In Frankfurt a. M. wurden am letzten Weihnachtsabend über hundert städtische Arbeiter entlassen, denen nach Rentjahr weitere folgten. Der Zweck dieser Maßnahme war, 3000—4000 M. bei den Straßenarbeitern zu sparen. Für ein Hochzeitsgeschenk an den Kronprinzen bewilligte die Stadt 15 000 M.

In Gemäßheit der Bekanntmachung wird die erste Rate von 6 M. am 1. Juli 1905 gezahlt. Nun ist aus der Bekanntmachung nicht einwandfrei ersichtlich, ob an diesem Tage bereits jeder Straßenreiner in den Besitz von zwei Paar Stiefeln sein muß, und anderenfalls die 6 M. nicht bekommt, oder ob er dann erst das zweite Paar Stiefel unter Zuhilfenahme der erhaltenen 6 M. zu beschaffen braucht. Sollte das letztere der Wille der Vaudeputation sein, und fast scheint es so, dann würde das zur Folge haben, daß viele Straßenreiner die Vergütung nie bekommen würden, weil sie einfach amperhande sind, im voraus zwei Paar gute Arbeitstiefel aus eigenen Mitteln zu beschaffen. Dies trifft gewiß zu auf alle Straßenreiner, welche mit ihrem Lohn den Lebensunterhalt für eine zahlreiche Familie zu bestreiten haben. Die Vaudeputation scheint keine Blöße Abnung davon zu haben, was es für solche Familien bedeutet, sich mit einem wöchentlichen Einkommen von 21,60 M. durchschlägen zu müssen. Sollen denn nun wirklich diese armen Menschen die Vergütung zur Strafe dafür, daß es ihnen schlecht geht, nicht bekommen? Das wäre den Umständen nach eine grausame Härte zu nennen. Und wir können nicht glauben, daß dies der Wille der Vaudeputation ist. Nun wohl, dann ändere die Vaudeputation ihre Bekanntmachung schleunigst dahin, daß allen Arbeitern der Straßenreinigung erstmalig 12 M. gezahlt und sie dabei verpflichtet werden, innerhalb bestimmter Frist mit zwei Paar Stiefeln zu erscheinen. Das wäre eine vernünftige, der mehr als dürftigen Lage der Straßenreiner Rechnung tragende Anordnung. Ueber die weitere Frage, ob die im übrigen vorgesehene Vergütung für den gewollten Zweck genügt, wollen wir erst gar nicht reden.

Wie wenig auch die Vaudeputation die dienstliche Praxis der Straßenreiner berücksichtigt, geht aus der Bestimmung hervor, daß das nicht getragene Paar Stiefel stets auf den Verteilungsdepots in einem Kleiderschrank aufzubewahren ist. Wie sollen denn die Stiefel bei Schnee- und Regenwetter wieder trocken? Das kann wohl in der Privatwohnung erfolgen, wenn die Frau sich darum bemüht, aber doch nicht auf dem Depot, wo nicht die dazu erforderliche Wärme, ja vielleicht überhaupt keine Heizung vorhanden ist. Und bei nassem Wetter kommt doch der Vorteil, zwei Paar Stiefel sein eigen nennen zu dürfen, eigentlich erst zur Geltung. Darum sollten die Straßenreiner ihre Stiefel nach wie vor zur völlig freien Verfügung behalten. Anderenfalls wird in hygienischer Hinsicht das Gegenteil des Gewollten erreicht.

Vielen Unmut hat bei den Straßenreinigern auch die Bestimmung hervorgerufen, daß die Stiefel bei den regelmäßigen Kleidungsappells vorgezeigt werden sollen. Bei diesen Appells vermögen einige Vorgesetzte nämlich ganz ertauschendes im Entwickeln von Majerensförsblüten zu leisten. Was sich dabei die Straßenreiner mandmal bieten lassen müssen, lehrt uns ein neuerdings in der 2. Abteilung passierter Fall. Dort mußte eines Tages die Mannschaft der Nachtröcke nach Beendigung des Dienstes auf dem Depot die Engländerhose eines Kollegen mit Seife und Bürste reinigen. Die Hose war dem „Herrn Aufseher“ nämlich nicht rein genug, und der Eigentümer der Hose erklärte, dem Hofmeister nichts zu verkaufen. Der „Herr Aufseher“ wollte nun aber einmal, daß „seine Leute“ des Nachts, wenn es niemand sieht, in tadelloser Hose arbeiten, und er ließ deshalb die „alten Mannschaften“ zum Hofmeister antreten, wohl in der Absicht, die ihm aus der Majerne her wohlbekanntem Erziehungspraktiken der „Alten“ an den Neutreten würden auch hier zur Anwendung gelangen. Verwunderlich ist allerdings, daß Männer sich so etwas gefallen lassen. Das ganze zeigt aber, daß die Straßenreiner wohl Veranlassung haben, sich dagegen zu wehren, um auch noch gleich dummen Jungen mit ihren Stiefeln vor den Herren Aufsehern antreten zu müssen. Und manche Straßenreiner erklären denn auch: Bei Aufrechterhaltung dieser entwürdigenden Zumutung verzichten wir auf die Vergütung!

Die Vaudeputation sollte daher ihre Bekanntmachung einer gründlichen Revision unterziehen. Wehl halten auch wir die Verwaltungsbehörden für verpflichtet, in hygienischer Hinsicht für ihre Arbeiter zu sorgen, nicht aber findet die von der Hamburger Vaudeputation beliebte Art der Fürsorge unseren Beifall. Vor allen Dingen darf diese Fürsorge nicht dazu dienen, die Arbeiter ihre Abhängigkeit in unwürdiger Weise noch mehr fühlen zu lassen. Sch.

Halbfeiertage.

In dem „Sächsischen Anzeiger“ lesen wir:

Bei den Leitern unserer staatlichen Sozialpolitik hat allmählich der Gedanke Eingang gefunden, daß die Sicherung eines bestimmten wöchentlichen Maßquantums eine staatliche Notwendigkeit ist. „Arbeiten heißt die Glieder“ doch eben nur, wenn sie innerhalb gesunder Grenzen geleistet wird. Der Vergarbeitertritt beispielsweise hat die ganz neue Idee des „staatlichen Arbeitstages“ eingeführt. Dieser Gedanke muß mit der Zeit in einem Staate Wurzel fassen, wo sich die Regierung in einer solchen Weise um die Gesunderhaltung der Bevölkerung bemüht zeigt, wie in Deutschland. Doch das in einem Militarstaat wenig und mit der größten Selbsteigenschaft geschieht, ist nur natürlich und eine der Segnungen

(Segnungen, ist gut! D. R.) des Militarismus. Dem Gesundheitsport verdankt England seine Kriegserfolge. Man muß in einem der englisch redenden Länder gelebt haben, um den Sinn des dortigen Halbfeiertages ganz zu begreifen. Der Sonntag gilt da wirklich der unbedingten Ruhe, der Halbfeiertag der Vorbereitung darauf. Es ist die Zeit, welche dem Arbeiter im Wochenplane für die Erledigung seiner Privatangelegenheiten, für seine häuslichen Pflichten, also namentlich für seine Sorgen als Familienvater, zur Verfügung gestellt ist. Es ist daher begreiflich, daß die Nationen im Besitze der absoluten Sonntagsruhe und des vorbereitenden Halbfeiertages diesen als eine stolze Kulturerrungenschaft betrachten. Die Jugend und der nicht mit Familie gesegnete Teil der Bevölkerung widmet den Halbfeiertag dem Freileben. Amerika und England mit ihren kolossalen Groß- und Industriestadtbevölkerungen haben bewundernswürdige Beispiele geliefert, was der Halbfeiertag für die Fröhlichkeit der Masse heißt. Auch die deutsche Sonntagsruhe wird ihren Wert erst durch die Halbfeiertagsfreiheit erhalten. Es darf aber eines nicht übersehen werden. Unsere deutschen Städte sind für den Halbfeiertag noch nicht genügend vorbereitet. Es fehlt unseren Großstädten an Parks und, wo sie vorhanden sind, an der Freiheit, sie in Spiel und Erholung auszunutzen, durch nichts gegängelt, als durch das allgemeine Einfinden für Ordnung und gegenseitige Rücksichtnahme. Weniger schon fehlt es an Wald, und die fortschreitende Ausbeutung elektrischer Fahrgelegenheiten wird mit der Zeit rasch genug das übrige beitragen, um den Städtebewohner wieder zu einem Freileben zu machen. Aber die Einsicht muß in der Kommunalpolitik sich erst noch zu einem maßgebenden Faktor entwickeln, daß jeder für Parkanlagen und Waldhaltung auszugeben Pfennig eine Mark am Budget für Krankenhäuser, Lungenheilstätten und Getränkelpolizei erspart.

Wie sind schon längst der Meinung, daß gerade die Gemeinden ihren Arbeitern außer dem dienstfreien Sonntag noch einen halben Tag in der Woche freigeben sollten und wo durchführbar, sollte man dazu den Sonnabend wählen. Tadel der Arbeitswoche wäre dann Sonnabend mittag 12 Uhr. Jetzt weigern sich aber die meisten Verwaltungen noch eine ganze oder halbe Stunde früher an Sonnabenden Feierabend machen zu lassen.

Viele gemeindliche Sachverständigen werden am Sonnabend mittag geschlossen, so wurden letzthin noch in Karlsruhe i. V. auf Antrag des Vamtenvereins die Dienstvorsätze angewiesen, den 2 Uhr Schluß stritte durchzuführen. — Was den Gemeindebeamten recht ist, muß den Gemeindearbeitern billig sein.

Nochmal die ärztlichen Untersuchungen vor Aufnahme in den städtischen Dienst.

In Nr. 9 der „Gewerkschaft“ nimmt Kollege Nieße-Magdeburg das Wort zu den ärztlichen Untersuchungen vor Aufnahme in den städtischen Dienst.

Ich unterbreite voll und ganz die Ausführungen dieses Kollegen und möchte noch einiges beifügen. Ich bin der Ansicht, daß ärztliche Untersuchungen der Arbeiter behufs Einstellung, selbst wenn den Arbeitern keine Kosten entstehen sollten, entzogen zu werden sind.

Es kann doch für den Arbeiter kein schmerzvolleres, beschämendes Gefühl geben, als daß er sich, ehe er Arbeit bekommt, noch seine Armut befühlen lassen muß, ob aus ihm noch einiger Profit herausgeschlagen werden kann.

Welche Gefühle mögen bei einer derartigen Untersuchung den tränklichen Arbeiter beherrschen; wird er nicht halb verzeifeln, daß ihm durch seine Armut nicht auch noch die Arbeit vorenthalten sein soll. Jeder Mensch hat doch das Anrecht auf Arbeit, um sein Leben damit zu fristen, und erst mit 70 Jahren bzw. nach Einbürgerung von zwei Dritteln seiner Arbeitskraft ist nach den Ruchhaben des Gesetzes die Alters- und Invalidenrente fällig.

Wo bleibt aber hier die Konsequenz? Wären nicht gerade die Staats- und Kommunalbehörden verpflichtet, diesem „Ruchhab“, wenn man so sagen will, Rechnung zu tragen. Wo diese Untersuchungen eingeführt sind, genügt schon ein harter Natarb, um den Arbeiter auch noch länger brotlos zu machen.

Anderes verhält sich die Sache z. B. hier in München, wo die Arbeiter nach zwei oder mehr Jahren (unter einem Rattenföng von Mäusen) der Versorgungsliste zugeführt werden können, wenn ihre Gesundheit amtsärztlich attestiert ist; Kosten erwachsen nicht. Diese Untersuchung erscheint mir unter den obwaltenden Umständen dringend geboten, weil eben leider die städtischen Arbeiter als Mitglieder der Versorgungsliste 3/2 bzw. 1/2 Proz. des Verdienstes abgezogen erhalten, damit die Versorgungsliste bestehen kann, und dazu als selten ein Interesse daran haben, daß der Masse nur gesunde Arbeiter zugeführt werden.

Lange wird die Mischkultur einer Arbeiterversorgung in dieser Dajung allerdings nicht mehr bestehen können; wie hat

doch das Städtchen Kirsch in dieser Hinsicht die bayerische Metropole beschämt. Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Münchener Monstria ihre Mysterien pachten und in anderen Städten etwas von Arbeiterversorgung lehrten.

Der Kassus der ärztlichen Untersuchung ist nun auch in der derzeit gültigen Arbeitsordnung der Stadt München enthalten und findet diese bei der Aufnahme in die Versorgungskasse nach zwei oder mehr Jahren (siehe oben) statt.

Wenn nun die verschiedenen Organisationen in der Privatindustrie die ärztliche Untersuchung bei der Einstellung bekämpfen, und zwar mit vollem Recht, so berufen sich die Herren Unternehmer zum Teil auf den Staat, die Gemeinde, den Magistrat, welche, obwohl Staats- und Gemeindebetriebe als Musterbetriebe vorbildlich sein sollten, dennoch eine solche Bestimmung in ihrer Arbeitsordnung aufgerommen haben.

Dies waren hauptsächlich die Motive, welche unsere hiesige Zentrale veranlaßte, bei der im vergangenen Spätherbst seitens des Verbandes ausgearbeiteten und an den Magistrat eingereichten Vorlage einer neuen Arbeitsordnung für die städtischen Betriebe (leider ist dieselbe noch unentschieden) diesen Paragraphen auszumergen. In der ebenfalls an den Magistrat gelangten Begründung der Eingabe ist diese Ansicht unabweislich ausgesprochen. Es heißt hier unter § 5:

„Die in der (bisherigen) Arbeitsordnung der Stadtgemeinde München verlangte Forderung des Gesundheitszustandes des Arbeiters durch den Amtsrat wünschten wir in das Statut der Versorgungskasse verlegt, da unseres Erachtens nur in Bezug auf forschungsmäßige Fragen, außergewöhnliche Verletzung der Masse und finanzwirtschaftliche Gründe, außerordentliche Verletzung der Beiträge seitens der Arbeiter eine solche Bestimmung sich rechtfertigen läßt. Wir wünschten ferner diese Bestimmung aus der Arbeitsordnung entfernt, um Privatunternehmern nicht Gelegenheit zu geben, sich auf die Arbeitsordnung der Stadt München zu berufen, wenn sie Vergabung von Arbeit nur an solche betätigten, welche sich ihre Gesundheit und körperliche Mächtigkeit haben ärztlich bescheinigen lassen.“

Also nicht nur die eventuelle Abweisung von der Arbeit, sondern auch die Minderkraft auf unsere in der Privatindustrie kämpfenden Genossen fordert von uns gebieterisch, gegen die ärztliche Untersuchung beim Eintritt sowohl gegen die Aufnahme eines diesbezüglichen Paragraphen in die Arbeitsordnung energisch zu protestieren.

München.

Lug.

Staatsarbeiter Hamburgs, erwerbt das Bürgerrecht!

Kollegen! Erwerbt ungesäumt die Staatsangehörigkeit und das Bürgerrecht in Hamburg! Wollt ihr Hebel sein diesen Auf, er ist heute mehr als jemals zuvor vonnöten. Der Senat hat der Bürgerchaft einen Antrag auf Veränderung des Bürgerchaftswahlgesetzes zur Genehmigung vorgelegt. Wird dieser Antrag Gele, und daran ist kein Zweifel, dann können in Zukunft sämtlichenfalls nur 21 wirkliche Arbeitervertreter in unsere Bürgerchaft gewählt werden. Dies allerdings auch nur dann, wenn alle Arbeiter das Bürgerrecht und damit das Wahlrecht zur Bürgerchaft erwerben. Darum folge jeder unserer Mahnung, und zwar sofort!

Kollegen! Wisst und seid stets eingedenk: Das Bürgerrecht und das Wahlrecht zur Bürgerchaft haben für uns nicht nur staatspolitische und allgemeinen wirtschaftspolitische Bedeutung, sondern sind für uns auch insbesondere darum von außerordentlicher Wichtigkeit, weil neben dem Senat die Bürgerchaft Arbeitgeberin in den Staatsbetrieben ist. Und diese Arbeitgeberin hat uns wieder hies ein überwollendes Gewicht gesetzt. Darum: Sorgen wir dafür, daß unsere Arbeitgeberin sich ändert. Das heißt: Arbeiterwohlwollende Leute müssen in die Bürgerchaft hinein! Und wir müssen uns deshalb die Bürgerchaft bringen. Ohne Bürgerrecht kein Wahlrecht!

Kollegen! Darum noch einmal:

- Jeder erwerbe sofort die Staatsangehörigkeit in Hamburg!
- Wer fünf Jahre lang ein Einkommen von 1200 M. pro Jahr verzeichnet hat, erwerbe sofort das Bürgerrecht in Hamburg!
- Nur wer das Bürgerrecht erworben hat, kann zur Bürgerchaft wählen!
- Nur wer das Wahlrecht hat, ist ein vollgültiger Staatsbürger in Hamburg!

Zum Erwerb der Staatsangehörigkeit in Hamburg sind folgende Papiere erforderlich:

1. Militärpapiere.
2. Meldeschein.
3. Gewerbebescheinigung oder Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers
4. Die letzte Steueranmeldung.
5. Staatsangehörigkeits-Anzeige.

6. Heiratsurkunde.
 7. Geburtschein des Mannes (nebst Abschrift).
 8. Geburtschein der Frau (nebst Abschrift).
 9. Geburtschein der minderjährigen Kinder.
 10. Eventuell (bei Wiederverheirateten) Sterbeprotokolle der früheren Frau und Heiratsurkunde.
- Zum Erwerb des Bürgerrechts in Hamburg sind an Papieren

nöthig:

1. Militärpapiere.
2. Meldeschein.
3. (Eventuell) Gewerbebescheinigung.
4. Bescheinigung der Steuerbehörde, daß in den letzten fünf Jahren ein Einkommen von mindestens 1200 M. pro Jahr verzeichnet worden ist (kostenlos erhältlich bei der Steuerbehörde, Heiligengeistlichhof 6, Zimmer 3), und letzte Steueranmeldung.
5. Staatsangehörigkeits-Anzeige. (Durch Geburt Hamburger Staatsangehörige bedürfen eines besonderen Staatsangehörigkeits Anzeigens nicht; sie können sich, aber nur zum Zwecke des Bürgererwerbs, ihre Staatsangehörigkeit von der Aufsichtsbehörde für Landesämter, Poststraße 10, bescheinigen lassen.)
6. Heiratsurkunde.
7. Geburtschein.

Verbandskollegen, die bei der Beschaffung dieser Papiere Hülfe notwendig haben, wollen sich wenden an unser Ortssekretariat in Hamburg, Adresse: S. Schönberg, Hügel 11, III.

Notizen für Gasarbeiter.

Zur Lage der städtischen Gasarbeiter in Düsseldorf.

Auch in Düsseldorf macht sich jetzt unter den Gasarbeitern eine lebhaftere Bewegung geltend. Seitdem der Verband der städtischen Arbeiter dort in Düsseldorf seine Arbeit entfaltet, regt es sich unter den Arbeitern wie nie zuvor. Die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind allerdings auch dazu angetan, den Mangel der Arbeiter zu steigern. Lange Arbeitszeit und verhältnismäßig geringer Lohn paaren sich hier mit inhumaner Behandlung. Auf der Gasanstalt in Klingenberg besteht auch noch die 24 Stundenige Arbeitsschicht. Düsseldorf gehört also zu denjenigen wenigen Großstädten, welche noch solche ruhmvolle Arbeiterwohlfahrtspolitik betreiben.

Die Lohnsätze lassen in ihrer Höhe ebenfalls noch sehr viel zu wünschen übrig. Die Feuerhausarbeiter erhalten da noch 4,00 bis 4,20 M., Vorarbeiter 4,10 M. Den höchsten Lohn beziehen die Mannen mit 4,80 M., die übrigen Handwerker der Gasanstalt werden jedoch bedeutend schlechter bezahlt. Für Lohn schwankt zwischen 3,90 bis 4,50 M.; Motorenführer, Maschinenführer, Generatorenarbeiter und Motorwärter erhalten sogar bloß 3,80 bis 4,00 M. Die Arbeiter in der Reinigung werden mit 3,20 bis 3,60 M. bezahlt. Am schlechtesten werden aber unregelmäßig die Hofarbeiter entlohnt; sie bekommen 3,20 bis 3,60 M. pro Tag.

Bei der schweren Arbeit auf der Gasanstalt sind diese Löhne entschieden zu minimal. Die in der Privatindustrie üblichen Sätze sind auch bedeutend höher. Es soll ja wohl auch eine Regelung der Löhne stattfinden. Heber die anzuhaltenden Erfindungen und Erfindungen scheint man aber nicht hinaus zu können. Wenn unter solchen Umständen die Arbeiter unwillig werden, ist es wahrlich kein Wunder. Zu bedauern ist nur, daß es da noch an der notwendigen einheitlichen Organisation der Gasarbeiter mangelt. Ein Teil derselben hat sich selbst abseits von der übrigen Organisation der deutschen Gasarbeiter gestellt. Jedoch auch die Organisation in erst einige Wochen alt. Trotzdem empfinden eine Anzahl der dort Beschäftigten das Bedürfnis, einheitlich den Gasarbeitern gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zu verlangenden Voraussetzungen hierfür. Ich bin aber zurzeit noch. Es ist deshalb wohl besser, diesen Fragen mit voller Mühsamkeit gegenüber zu treten und ernsthaft abzuwägen, ehe man wagt. Dem gesunden Sinn der Gasanstaltsarbeiter traue wir allerdings Unerschrockenheiten nicht zu. Hoffen wir daher, daß sie ihre Organisation ausbauen, damit sie stets operationstüchtig sind.

Auf dem alten Gaswerk, welches nur noch den Ankerbetrieb umfaßt, liegen die Verhältnisse ebenfalls nicht zum besten. Die reguläre Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Allgemein ist der Betrieb auch ein ziemlich mühsamer. Am Morgen kommt es zu einem Kampf auf dem betreffenden Bergwerken an. Alle Minuten sind bekanntlich nicht gleich und haben auch abwechselnd die gleichen Gedanken und Mühen. Die Bergwerke sollen da so ein wenig weniger bedient. Einige Vorkomitee sollen da so ein wenig weniger bedient werden. Mit der Zeit wird aber sicherlich wenig an der Überzeugung leiden. Mit der Zeit wird für Ankerarbeiten auch deren Anzahl steigen. Im Lohn wird für Ankerarbeiten 3,75 bis 5,00 M. für Reinerfüller und Arbeiter 4,00 M. (bei der monatlich in machenden Aufnahme 1 M. mehr); für die Vorarbeiter bei den Hohllegern 3,75 bis 5,00 M., für die Mannen 3,50 bis

8,75 und für die Ausschächter 3,30 bis 3,50 pro Tag entrichtet. Sondern die Versen werden mit Geldstrafen von 0,50 bis 1,00 M. geahndet. Dergleichen sollen besonders vorkommen bei den Mehlrührern, Ablefern und Mohnweibern. Die Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit wird mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Wöfe Menschen behaupten zwar, man tue das nicht regelmäßig, sondern enthalte diese Zuschläge einzelnen Leuten vor, wir können uns aber eine Behandlung der Arbeiter nach doppeltem Recht nicht denken, glauben deshalb, daß sich die Angeber nur täuschen. Selbstredend haben die Arbeiter noch eine ganze Reihe von Beschwerden, für heute soll es damit aber genügen.

Alle diese Dinge haben nun die Arbeiter des Gaswerkes veranlaßt, sich um ihre Organisation zu kümmern. Einzelnen Herren der Verwaltung scheint dies jedoch nicht behagt zu haben, und schnell hat man einen Verein als Gegengewicht gegründet, der als Gesangsverein geführt wird. So nebenbei wird dann in diesem Verein auch einmal über andere Dinge gesprochen und viel leicht auch über militärische Disziplin, Schemmlehen, Unterricht geredet.

Nach dieser Schmerz wird mit der Zeit vorübergehen, sofern sich die Herren Beamten erst dann gewöhnt haben, daß der Arbeiter gleichfalls ein Recht hat, sich zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen zusammen zu schließen und für die Verbesserung seiner Lage zu wirken.

Der Achtstundentag in Parnen ist für die Feuerleute mit dem 1. April d. J. zur Einführung gelangt, und zwar mit der Maßgabe, daß jetzt fünf Mann an vier Läden pro Schicht 18 Metern stehen, während dies früher bei fünf Mann an drei Läden 34 Metern pro Schicht ausmachte. Es entfallen somit bei achtstündiger Schicht 18 Metern auf den Mann; ehemals, also bei zwölfstündiger Schicht, waren es 10,8 Metern. Natürlich verzieht sich diese Veränderung infolge der üblichen Nebenarbeiten, auch des Nebenfahrens. Durch diese Einrichtung ist unverkennbar eine Herabsetzung der effektiven Arbeitsleistung um ein Viertel eingetreten. Die Wünsche der Arbeiter gingen freilich auf Herabminderung der Arbeitsleistung um ein Drittel hinaus. Vorläufig sind die Kollegen aber auch hiermit zufrieden. Gar so leicht ist den Beschäftigten die Durchführung dieser Regelung allerdings nicht geworden. In jüngerer Zeit hat man wieder versucht, die Situation zu verwickeln, indem man mit sechs Mann fünf Läden und mit sieben Mann sechs Läden besetzen wollte. Also auf gut deutsch gesagt, es sollten durch die Verdrängung der Arbeitsweise Leute gespart werden. Wenn nun auch bei der Einführung der Achtstundenschicht der gute Wille der Stadtverwaltung anerkannt werden muß, so wirkt aber diese Manipulation ein recht sonderbares Licht auf die Praktiken der Betriebsleitung. Mit doch erst durch das Vorkommen des Personals die Abwendung dieser Wohlthaten möglich gewesen.

Außerdem ist jedoch noch zu erwähnen, daß die Maschinenisten, Heizer, Ammonial- und Wasserstoffgasarbeiter sowie die Apparatenwärter nach wie vor nach 12 Stunden pro Schicht und 24 Stunden in der Wechselschicht arbeiten. Diese Kollegen haben deshalb eine ernste Eingabe zwecks Durchführung des Achtstundentages gemacht. Früher haben sie sich leider weniger um solche Dinge gekümmert, aber diese Zurücksetzung hat auch die Mehrzahl dieser Köpfe aufgereizt.

Neben dieser Verkürzung der Arbeitszeit ist noch die Errichtung eines Arbeiterausschusses, die achtstündige Lohnzahlung und für alle Tagearbeiter die 1½ stündige Mittagspause bewilligt worden. Goffen wir daher, daß auch dem Maschinenpersonal bald ihre Wünsche erfüllt werden.

Der Nutzen unserer Organisation und die Wichtigkeit unserer Taktik bei Lohnbewegungen hat sich aber hier wieder einmal gezeigt.

Wiesbaden. Die Differenzen der Gasarbeiter mit der Stadtverwaltung sind auf friedlichem Wege ausgeglichen worden. Die Gasarbeiter erhielten eine Zulage von 20 Pf. pro Tag. Dies ist ein Erfolg des Zusammenhaltes in der Organisation.

Die Achtstundentagsbewegung nimmt unter den deutschen Gasarbeitern immer größere Dimensionen an. Den städtischen Gasarbeitern Berlins haben sich auch die Gasarbeiter der Englischen Gasanstalten angeschlossen. Eine stark besuchte Versammlung der Arbeiter der Englischen Gasanstalten nahm am 18. Mai zu der Frage des Acht- resp. Neunstundentags Stellung. Nach einem Referat G. Schuberts gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die Versammlung der Arbeiter sämtlicher Englischen Gasanstalten erklärt sich in der Frage der Erringung des Acht- resp. Neunstundentages solidarisch mit den Arbeitern der städtischen Gasanstalten. Bei dem rüchlichen Standpunkte, der in allen die Arbeiter betreffenden Fragen von der Direktion der A. G. B. A. angenommen wird, sieht die Versammlung die Erreichung dieses Zielles nur in einer starken Organisation. Die Versammelten verpflichten sich mit allen Kräften dafür einzutreten, daß die Organisationen in kurzem die Stärke erreicht, um die Frage des Acht- resp. Neunstundentages lösen zu können.“

Es wurde beschlossen, diese Frage auf die Tagesordnung in allen Betriebsversammlungen zu stellen, um eventuell im Herbst energische Schritte zur Durchführung dieser Forderung zu unternehmen.

Es folgte der Bericht der Arbeiterausschüsse der Anstalt Sävneberg. Danach wurden die Anträge auf Lohnerhöhung für die Betriebs-Arbeiter und Handwerker abgelehnt. Als einziges Zugeständnis wurde erreicht, daß den Arbeitern, die am Mittag nach Hause geschickt werden, um abends zur Nachtschicht anzutreten, der Tag voll bezahlt wird. In der Diskussion wurde die Ablehnung auf das Schärfste verurteilt, gleichzeitig aber ausgesprochen, daß es nun allen Arbeitern klar sei, die Direktion werde nur dann ihr so oft betontes „Wohltun“ in die Tat umsetzen, wenn sie durch die Macht der Organisation dazu gezwungen wird. Mit einem brausenden Hoch auf die Bewegung für den Achtstundentag schloß die Versammlung.

Die Leipziger Gasarbeiter haben eine Eingabe an den Rat der Stadt gerichtet, in der sie um die Einführung des Achtstundentages ersuchen. Mehrere Versammlungen der Gasarbeiter in den verschiedenen Stadtteilen sprachen sich für diese Forderung aus. Kollege Schäfer begründete die Forderung eingehend, er bemerkte, daß hygienische Gründe die Verkürzung der Arbeitszeit notwendig machten und daß bereits 12 deutsche Städte die achtstündige Arbeitszeit mit dreimaligem achtstündigen Schichtwechsel eingeführt hatten. Er hoffe, daß auch der hiesige Stadtrat die Eingabe wohlwollend behandeln und die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnabzug eintreten lassen würde. Die Durchführung der erwähnten Forderung würde noch leichter zu erreichen sein, wenn alle Gasanstaltsarbeiter der Berufsorganisation angehörten. Der Redner forderte daher auf, derselben beizutreten. In einer zur Annahme gelangten Resolution erklärten sich die Versammelten im Prinzip mit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit einverstanden und sie verpflichteten sich, dahin zu wirken, daß die Stadtverwaltung hierzu mit ihren Arbeitern in Unterhandlungen trete.

Vorteilhafte Verteilung des Achtstundentages in Königsberg i. Pr. Der Magistrat gibt auf den Stadtrat vorberathend, vom Herbst vorigen Jahres an, welche Entlohnungen mit der Verkürzung der Arbeitszeit in der Gasanstalt hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Arbeiter und der Betriebskosten gesammelt sind. (Referent: Stadtv. Dr. Stern.) Es liegt ein sehr ausführliches Copie des Betriebsleiters der städtischen Gasanstalt vor. Nach dem Bericht hat sich die Verkürzung der Arbeitszeit bei der Gasanstalt sowohl für den Betrieb der Anstalt, wie für das Wohlbefinden der Arbeiter außerordentlich günstig gezeigt. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter hat zugenommen, die Frumtheit abgenommen, die Strafkelder sind geringer geworden, die Arbeiter können nun die Hauptmahlzeiten im Kreise ihrer Familien einnehmen usw. Mehrkosten sind dem Gaswerk nicht entstanden und die auf die neunten Arbeitstunde folgende Neberrunde ist nur in vereinzelten, ganz wenigen Fällen zur Anwendung gekommen. Der Magistrat hat daher die teilweise eingeführte verkürzte Arbeitszeit nicht nur für die Gasanstalt, sondern auch für das städtische Elektrizitätswerk definitiv angenommen. In der Abteilung wurde darauf hingewiesen, daß besondere Schwierigkeiten entstehen könnten in der Kontrolle der Zählkassette auf Baulein. Dem Magistrat sind aber Klagen darüber nicht zur Kenntnis gekommen, und überhaupt sind Klagen aus dem Publikum nur insofern geäußert worden, als einzelne Privatunternehmer sich dadurch geschädigt wähnen, daß die Gasanstalt die kürzere Arbeitszeit eingeführt hat, während sie selbst eine solche nicht einführen können. Von dem Bericht wird Kenntnis genommen. — Stadtv. Braun II: Der Bericht enthält soviel interessante Einzelheiten, daß er beantragen möchte, das Copie den Stadtverordneten gedruckt zugehen zu lassen. Der Antrag Braun wird mit 31 gegen 30 Stimmen angenommen.

Gelle. In der Gasanstalt soll den dortigen Arbeitern fortan der Kaffee gratis geliefert werden, soweit sie trinken wollen. Dazu ist ein Kaffee-Maschinenapparat nötig. Die Summe von 260 M. wurde von den städtischen Kollegien bewilligt.

Notizen über Sommerferien.

Halle a. S. Die zur Vertretung dieser Frage eingesetzte gemischte Deputation, bestehend aus den drei Magistratsmitgliedern Staudt, v. Hellm und Zimmer, und den fünf Stadtverordneten David, Dehn, Engelke, Geyss und Thiele hielt gestern ihre erste Sitzung ab und gelangte nach verhältnismäßig kurzer Beratung zu dem einstimmigen Beschluß, allen nachstehenden Arbeitern und nicht-beamteten Bureau-Angestellten, sofern sie seit fünf Jahren in hiesigen Diensten stehen und 20 Jahre alt sind, einen jährlichen Erholungsurlaub von 7 Tagen zu gewähren, unter Ausschluss des Lohnes. Anwartschaft wurde einer zwei bzw. dreiwöchigen Zeitspendung nach Dauer der Verdienstage und Länge des Urlaubs von mehreren Tagen das Wort gegeben. Da man sich jedoch bei Bedenken gegen einen nur zwei- oder dreiwöchigen Urlaub nicht verständigen konnte, fand schließlich die einheitliche Dauer des Urlaubs Anerkennung. Nur die Feuer- und Meierarbeiten und andere besonders anstrengende Tätigkeiten soll nicht an der fünfjährigen Karenzzeit fest-

wöchentlichen das Zell so liebevoll über die Ohren, daß ihm Hören und Sehen vergeht. Diese Versicherungsmethode wird vorwiegend von älteren und völlig mittellosen Leuten vorgezogen, da ihnen die wöchentliche Zahlung von 10 resp. 20 Pf. nicht so schwer fällt. Saiten wir uns hier wieder an die „Aduna“, die als gegenseitige Versicherung noch eine der besten ist, da hier wenigstens nicht jährlich Summen den Aktionären zufließen. Ein Beispiel für die wöchentliche Versicherungsmethode: Ein 10jähriger Mann will mit wöchentlich 20 Pf. sich ein nach 26 Jahren zahlbares Kapital sichern. Er hat als Versicherungssumme ohne Dividende 134 M., mit Dividende 185,91 M. zu beanspruchen. Er schließt, abgesehen von der Verzinsung seines Kapitals, mit einem Defizit von 18,06 M. ab. Nähme man einen Beitrag von 10 Pf. pro Woche, so würde sich das Defizit nicht vermindern, sondern verdoppeln; dann hätte er 268 resp. 371,88 M. zu beanspruchen. Löst ein 15jähriger Mensch verliert bei 10 Pf. Wochenbeitrag und 10jähriger Beitragzahlung 6,03 M.!

Jedoch schließen wir mit den Beispielen, da ein jeder, den die Sache interessiert, leicht sich Material von den einzelnen Gesellschaften verschaffen kann. Dank der Opferwilligkeit hunderttausender Arbeiter sind die Versicherungsgesellschaften ja in der Lage, gründliche Messungen zu machen, und hiervon wird gebührend Gebrauch gemacht.

(Fortsetzung folgt.)

Aus unserer Bewegung.

Berlin IV (Englische Gasanstalten). Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung aller beteiligten Handwerker, Mohrleger und Betriebsarbeiter beschäftigte sich am 8. Mai mit den in letzter Zeit in den Betrieben der Englischen Gasanstalten erfolgten Lohnerhöhungen, bei denen die bezeichneten Kategorien 10 c. ausgingen. An der Hand eines reichen Materials konnte der Referent Polenske nachweisen, wie alle Verbesserungen in den letzten Jahren, so z. B. auch die letzten Lohnerhöhungen, nur durch die rastlose Arbeit der Organisation und der mit derselben Hand in Hand arbeitenden Arbeiterausschüsse erzielt seien. Wenn nun in letzter Zeit die Handwerker, Mohrleger usw. nicht berücksichtigt wurden, so hat dies wohl zum Teil auch seinen Grund darin, daß die betreffenden Kategorien sich wenig um die Organisation kümmerten. Der Wunsch der Versammlung laße ja erwarten, daß in dieser Beziehung eine Besserung eintreten werde. Auf die Tagesordnung der nächsten Ausschußsitzung sei nun die Forderung eines Zuschlages von 10 Proz. gestellt worden für sämtliche Arbeiter, die bei der letzten Lohnregulierung leer ausgingen. Die heutige Versammlung sei einberufen worden, um dieser Forderung auch den nötigen Nachdruck zu geben. Nach eingehender Diskussion gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der die Erwartung ausgesprochen wurde, daß den diesbezüglichen Anträgen der Arbeiterausschüsse Gehör geschenkt wird. Gleichzeitig protestierte die Versammlung gegen die Maßnahmen des Inspektors Prinz vom Gaswerk Oberberg, welcher die ihm unterstellten Arbeiter in unerhörter Weise ausnutzt und unter den niedrigsten Gründen erklärt.

— **Mariendorf.** Eine öffentliche Versammlung fand am 15. Mai statt, zu welcher hauptsächlich die Kollegen vom Gaswerk Mariendorf eingeladen waren. Leider ließ der Besuch seitens dieser Kollegen viel zu wünschen übrig. Die vollständig unbegründete Furcht vor Maßregelungen hält die Kollegen, die doch in vollständiger Beziehung durchaus nicht rückständig sind, in Damm. Das Thema des Abends, zu welchem Kollege Polenske referierte, war: „Die Lage der Arbeiter in den Betrieben d. J. G. G. A.“. An der Hand der Tatsachen wies der Referent nach, daß die im Laufe der letzten Jahre erfolgten Verbesserungen und Zugewinne nur der rastlosen Arbeit der Organisation zu verdanken sei. Daß so oft von der Direktion bestimmte Beschlüsse für die Arbeiter komme nur dann zum Vorschein, wenn sie unter dem Druck der Verhältnisse gezwungen wird, dies oder jenes zu bewilligen. Wer die Bewegung der letzten Jahre verfolgt, muß deutlich erkennen, daß von freiwilligen Zugewinnen der Direktion nie etwas zu hören war. Sämtliche Diskussionsredner stellten sich auf den Standpunkt, daß die Organisation das einzige Mittel sei, um vorwärts zu kommen. Gerade in nächster Zeit, wo die Verkürzung der Arbeitszeit auf der Tagesordnung der Versammlungen der Gasarbeiter liege, sei eine starke Organisation notwendig; denn je. Seitens der Kollegen der Gasmeißerfabrik wurde besonders über die Mißere der Arbeiter geklagt. Abgesehen von der Tagesordnung, das Schieberwesen zeige sich hier in der schönsten Blüte. Den Arbeitern in der Gießerei wurde die Bitte um Erhöhung des Lohnes um 2 1/2 Pf. abgelehnt. Die Stimmung unter den Arbeitern ist sehr gerüst. Dann wurde an Stelle des Kollegen Schulz Kollege Finkler zum Beitragsammler gewählt. Am den Kollegen des Gaswerks Gelegenheit zum Bezahlen der Beiträge zu geben, erklärte sich Genosse Reichardt bereit, Beiträge entgegenzunehmen und wurde bis auf weiteres hierzu die Zeit von Freitag 7—9 Uhr bestimmt.

Berlin X. (Möhrensistem). Eine öffentliche Versammlung der Arbeiter des Möhrensistems fand am 14. Mai bei Großer, Dirschke,

statt. Kollege Polenske sprach über das Thema: „Was ist notwendig, um unseren Forderungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mehr Nachdruck zu verleihen?“ Zu der lebhaftesten Diskussion kam allgemein der Gedanke zum Ausdruck, daß nur in einer starken Organisation die Gewähr für Verbesserungen zu erblicken sei. Eine der wichtigsten Forderungen sei die für Verkürzung der Arbeitszeit; selbstverständlich dürfe dieselbe aber keine Lohnverkürzung zur Folge haben. Folgende Resolution gelangt zur Annahme: „Die Arbeiter des Möhrensistems schließen sich der Forderung der Gasanstaltsarbeiter für Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes an und beauftragen das Ortsbureau, das weitere in die Wege zu leiten. Um eine regere Agitation zu entfachen, hält die Versammlung die Einsetzung einer Agitationskommission für notwendig.“ Scharf kritisiert wurde das Verhalten des Meisters Peder. Nebenarten wie z. B.: „Sie sind zu faul, um wo anders arbeiten zu können“, kennzeichnen am besten sein Verhältnis zu dem ihm unterstellten Arbeitern. Bedauerlich sei es nur, daß die Mohrleger trotzdem so wenig Interesse für die Organisation zeigen. Folgende Kollegen wurden für den Arbeiterausschuß nominiert: Adolf Meier, Gottlieb, Tembel, zum Ersagmann Kreuz. Der Verlauf der Versammlung läßt erwarten, daß die Zeit der Stagnation zu Ende ist, daß es mit der Organisation vorwärts geht.

Chemnitz. Öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter am 13. Mai. Ueber das Thema: „Die Bewegung der deutschen Gemeindearbeiter, ihre Ziele und Erfolge“, referierte Kollege Heinrich Schäfer-Leipzig. Der Referent verstand es, in seinem 1 1/2stündigen Vortrage die Aufmerksamkeit aller Hörer zu fesseln. Kollege Peyer ermahnte die Versammelten, die Worte des Referenten zu beherzigen. Hierauf wurde Mlage darüber geführt, daß die im Oktober vorigen Jahres von allen in Betracht kommenden Arbeitern unterzeichnete und eingereichte Petition der Gasarbeiter noch nicht behandelt worden ist. Hier ist wieder einmal zu sehen, wie langsam der Verwaltungsapparat arbeitet, wenn es sich um Arbeiterinteressen handelt. Sodann wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute stattfindende öffentliche städtische Arbeiterversammlung bedauert es lebhaft, daß eine im Oktober v. J. eingereichte Petition der Gasarbeiter, betreffend Erhöhung der Löhne, bis heute noch keine Erledigung gefunden hat. Sie erwartet von der in Frage kommenden Corporation baldige Prüfung dieser Petition, und verpflichten sich die Anwesenden, durch rührige gewerkschaftliche Tätigkeit belagter Petition den nötigen Nachdruck zu geben.“ Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Im Anschluß hieran sei das Verhalten des Gasmeisters Winterstein etwas beleuchtet. Anlässlich dieser Versammlung waren in der Arbeiterkuche der Anstalt II Handzettel auf den Tischen ausgelegt. Denselben Tag kam genannter Meister während der Feiernpause in die Stube. Als er die Handzettel liegen sah, sagte er: „Was haben Sie denn da wieder mal für A... wische liegen?“ Als ihm von den Arbeitern zu verstehen gegeben wurde, daß die Zettel nicht zum Gebrauch für den hinteren Teil des Körpers bestimmt seien, blieb derselbe doch bei seinem Ausdruck. Er nahm dann einen dieser Zettel in die Hand, und als er sah, daß Kollege Schäfer als Referent darauf stand, sagte er: „Na, nun hat wohl wieder mal ein anderer nichts mehr zu essen, da kommt er nach Chemnitz bei die ganz Tummeln, der Mohs hat wohl nun genug.“ Und zerriß dabei das Papier. Es wurde ihm aber gleich von einem Kollegen geantwortet: „Ja, der Mohs ist nun reich genug, der braucht nicht mehr zu kommen, wir wollen nun wieder einen anderen reich machen.“ Mit diesem Weisheit rühte er ab. Diefes Meisterchen scheint gar nicht zu wissen, daß die Zettel Eigentum der Arbeiter sind und er sich daran nicht zu vergriffen hat, viel weniger noch zu zerreißen. Oder denkt er vielleicht, weil er erst vor einigen Wochen vom Vorarbeiter zum Meister avanciert ist, müsse er nun die Gasanstalt vor dem Untergang durch die Arbeiter retten. Charakteristisch ist es, daß dieser nunmehrige Herr Meister, als er noch als Schlossergefelle mit der Feile schnappte und den Hammer schwang, selbst einmal so dumm war und dem Deutschen Metallarbeiterverband angehörte. Er muß seit dieser dunklen Zeit eine tüchtige Säule der Bildung durchgemacht haben, um sich zu seinem jetzigen Standpunkte durchzurufen.

Tüßeldorf. Auch hier sehen die städtischen Arbeiter langsam ein, wie notwendig es ist, eine Organisation zu haben. Dies bezeugte eine gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter, welche am 7. Mai im Memmischen Lokale tagte. Arbeitersekretär Griebel sprach über das Thema: „Wie verbessern die städtischen Arbeiter ihre Lage?“ Meiner unterzog die überaus traurigen Löhne, die bei verschiedenen Arbeitern zwischen 2,50—3,50 M. betragen, einer scharfen Kritik. Er geißelte den militarischen Ton, in dem die Arbeiter von ihren Vorgesetzten angefahren würden und wies auf die hohen Verstrafungen hin, unter denen namentlich die Arbeiter des Zuhayparks zu leiden hätten. Wohin diese Strafzettel kommen, wüßten die meisten Arbeiter nicht und fragten wir bei der Stadtwverwaltung an wo diese Strafzettel hinkommen?? Von selbst wird die Stadt eine Verbesserung der Arbeiterlöhne nicht vornehmen. Da komme nur eine starke Organisation helfen. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die am 7. Mai im Lokale des Herrn Kemper tagende öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter erkennt nach einem Referate des Arbeiterssekretärs Siebel an, daß nur eine starke Organisation die Verhältnisse des Arbeiters bessern kann, und gelobt mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß die Organisation der städtischen Arbeiter erstarkt, damit sie, wie es in anderen größeren Städten schon längst geschehen ist, bei Festlegung der Lohnverhältnisse mitreden kann.“

Am Schlusse der Versammlung ließ sich eine Reihe Arbeiter der verschiedenen Branchen aufnehmen, die anderen Arbeiter werden hoffentlich in kurzer Zeit folgen, damit bald eine einheitliche Verbesserung der Arbeiter folgen kann.

Eisberfeld. Die städtischen Arbeiter versammelten sich am Donnerstag, den 18. Mai, um zunächst ein Referat des Verbandsvorsitzenden Dr. Boersch-Verlin: „Die Deutschen Stadtgemeinden und ihre Arbeiter“ entgegenzunehmen. In der Diskussion wurde lebhaft Klage geführt über die langen Arbeitszeiten an den Sonntagen und hohen Feiertagen in Betrieben des Alkoholverwekens, auch der gerade nicht liebevollen Behandlung seitens der Vorgesetzten gedacht. Kollege Heinrich Schäfer-Keipzig wies darauf hin, daß allen diesen Zuständen nur durch jahrelange Organisationsarbeit erfolgreich auf den Leib gerückt werden kann. Stete Ausdauer und eiserne Energie der Kollegen sei deshalb vorzuziehen. Nachdem eine Resolution des Inhalts, daß die Versammelten mit den Ausführungen des Referenten einverstanden sind und versprochen, für die Stärkung der Organisation zu wirken, angenommen war, wurde nach einem trefflichen Schlußwort des Referenten die Versammlung geschlossen.

Halle. In der am Sonnabend, den 6. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung erstattete der Maschinerer zunächst den Massenbericht vom 1. Quartal d. J. Sodann referierte unter lebhaftem Beifall Kollege Heinrich Schäfer-Keipzig über: „Der Fluch des Arminius“. Hierauf verlas der Vorsitzende Kollege Eltrich die an ihn gerichtete Antwort der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke in Sachen der Petition um Umänderung der 18 stündigen Wechsel- schicht für sämtliche Schichtleute der Gasanstalt in eine 12stündige. Die Antwort lautet:

„Mitschriftlich Herrn F. E. hier mit dem Bemerken zurückgegeben, daß wir mit dritten Personen Angelegenheiten unserer Arbeiter nicht verhandeln.“

Halle a. d. S., den 2. Mai 05.

Die Verwaltung
der Gas- und Wasserwerke
Schreyer, Direktor“.

Nur gut, daß verschiedene Wege nach Rom führen! Einem Vorschlag, in nächster Zeit zwei Vorprüfungen der Gasarbeiter anzuberaumen, die über das weitere Schicksal der Eingabe beschließen sollen, wurde zugestimmt. Der Martellbericht der Kollegen Reipold und Eltrich wurde zur Kenntnis genommen. Nachdem noch beschlossen war, den Mitgliedern einen Entwurf eines Lokalstatuts betr. Krankenunterstützungen zu unterbreiten, fand die Versammlung ihren Schluß.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 25. April. Der Vorstand wurde beauftragt, an den Hamburger Senat eine Eingabe zu richten um Gewährung eines Sommerurlaubes für die Arbeiter und Unterangestellten des Hamburgischen Staates. Als Delegierte für das Gewerkschaftsstatut wurden die Kollegen Schönberg, Lüth, Niedel, Groß, Sorgenfrei und Jarms gewählt.

— Mitgliederversammlung am 18. Mai. Ueber „Arbeiterhaushaltung und die neuen Handelsverträge“ referierte die Genossin Zick. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Schönberg sprach über die vom Hamburger Senat beantragte Änderung des Wählergesetzes. Der Maschinerer Weickel erstattete den Quartalsauswertungsbericht. Hierzu erklärte der Revisor- ermann Lüth, daß bei den im Berichtsquartal vorgenommenen Revisionen stets alles in bester Ordnung befunden worden sei. Lüth bemerkte aber weiter, die Staatsarbeiter hätten den Heber- schuß von ihrem Sektionsfestungsfest noch nicht an die Jubiläum- klasse abgeliefert. Daraufhin wurde von Schönberg mitgeteilt, vorwärts- seitig sei die Leitung der Sektion der Staatsarbeiter bereits offiziell aufgefordert, den Heber- schuß unverzüglich an die Jubiläum- klasse einzuliefern, denn in Gemäßheit unseres Regulativs seien alle Heber- schüsse von Verbandsvergnügungen dem Unterstümmungsfonds anzuführen. Lüth wies noch auf das am 18. Juni stattfindende Gewerkschaftsfest hin und forderte zu reger Beteiligung auf.

Köfel. In der am Mittwoch, den 17. Mai stattgefundenen all- gemeinen Versammlung referierte Kollege Heinrich Schäfer-Keipzig über: „Die Deutsche Gemeindegewerkschaft“, ihre Ziele und Erfolge. Dem Redner lebte reiches Beifall für seine trefflichen Ausführungen. In der Diskussion wurde vor allem die Errichtung von Arbeiterausbildungsvereinen verlangt und wird der Vorstand beauftragt, die hierzu erforderlichen Schritte zu unternehmen. Nachdem noch auf den Wert einer guten Literatur und auf die Arbeiterpresse, sowie auf die Stadtverordnetenwahlen hingewiesen war, fand die Versammlung nach einem anerkennenden Schlußwort des Referenten ihren Schluß.

Leipzig. Am 5. Mai sollte eine Versammlung der Schlacht- und Viehhofarbeiter sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen befassen. Die Versammlung mußte jedoch wegen schlechten Wetters verlagert werden. Der Zeitpunkt war schlecht gewählt. Die Kollegen sind aber der Meinung, daß endlich einmal diesen Dingen näher getreten werden muß. Vor allem gelte es die Mindeststundensöhne auf die Höhe des ortsüblichen Tagelohnes, der in Leipzig 3,50 M. beträgt, zu bringen. Sodann müsse an eine Festlegung der Lohnsteigerungs- sätze und an die Beförderung vom nichtständigen zum ständigen Arbeiter gedacht werden. Diefelbe sei eine willkürliche und werde dadurch das für die nicht ständigen Arbeiter so verderbliche Streber- und Ablebertum gezüchtigt. Eine am 9. Juni stattfindende Ver- sammlung wird sich mit diesen Fragen beschäftigen. Mögen die Kollegen vom Vieh- und Schlachthof zahlreich erscheinen, damit die Bemühungen von Erfolg sind.

Magdeburg. Unsere Mitgliederversammlung stand unter dem Zeichen des Tierfestes, denn dieselbe war nur mäßig besetzt. Das Ableben des Kollegen Janoschek wurde durch Erheben von den Plagen geehrt. Der Massenbericht vom ersten Quartal 1905 ergab eine Einnahme von 1729,92 M. und eine Ausgabe von 229,21 M. An die Hauptkasse wurden abgeliefert 523,17 M. In der Jubiläum- klasse verbleibt ein Bestand von 177,21 M. Am Schlusse des letzten Quartals waren 271 Kollegen organisiert. 67 Kollegen sind neu eingetreten. 16 Personen sind ausgeschieden resp. ausgeschliffen. 325 Kollegen unserer Stadt gehören unserem Verband am 1. Mai an. Anknüpfend an den Bericht wurde die Sache Reizmann erörtert. Der Kollege R. erbot sich, denselben am Jahrtage vor der Arbeits- sätze zur Zahlung anzuhalten. Die anwesenden Revisoren be- stimmten Geld und Markenbestand in Ordnung gefunden zu haben. Der Maschinerer wird darauf entlastet. Es wird beschlossen, das Stiftungsfest im Luisenpark abzuhalten. Darauf referierte der erste Vorsitzende über den Gewerbeberichtsbericht. Der Redner be- müht sich, die Notwendigkeit der Gewerbeberichte den Anwesenden zu erläutern. Vor allen Dingen sei es notwendig, die Arbeitnehmers- sätze durch organisierte Arbeiter zu besetzen. Es fordere aber der klare Verband, tüchtige, reifschaffene Kräfte. Reicher Beifall lebte den Referenten für seine Ausführungen. Der Martellbericht wird vom Delegierten S. in aller Kürze gegeben. Hervorzuheben aus demselben ist, daß der Genosse Holzappel (ein ehemaliger Redakteur) als Arbeitersekretär für Magdeburg gewählt ist. Das neue Arbeiter- sekretariat befindet sich Kürzener. Der Schriftführer teilt dann die Ergebnisse der letzten Betriebsbesprechungen mit. Es haben demnach Renaufnahmen stattgefunden bei den Laternenwärttern, den Straßenreinigern, bei der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke und beim Schlacht- und Viehhof. Die Betriebsbesprechungen seien notwendig und führen zum Ausbau der Organisation. Jedoch sei es für die Dauer unmöglich, monatlich diese Sitzungen zu leiten. Es wird beschlossen, dieselben mit 50 Pf. zu entschädigen. Des- weiteren werden 3 Kollegen aus der Mitte gewählt, welche bei Ver- hinderung des Vorstandes dem Referenten als Leiter der Sitzung beauftragt seien. Es kommen in Betracht von der Gasanstalt Kollege A., vom Hofen der Kollege Dr. und von der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke Kollege S. Der Kollege F. gibt bekannt, daß der Bericht des Gewerkschaftssekretärs für den Preis von 10 Pf. vor- liegt und bietet um rege Abnahme. Es teute eine lebhafte Diskussion ein, wobei der Fall Tzanowsky lebhaft debattiert wurde. Man gelangte zu dem Resultat, dem Arbeitersekretariat bei vorkommenden Unfällen sofort Meldung zu erstatten, um so schnell als möglich materielle Hilfe zu erlangen. Mit dem Wunsch, recht fröhliche Östern zu feiern, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Pforzheim. Mitgliederversammlung vom 13. Mai. Im Martellbericht teilte Kollege Stenffen unter anderem mit, daß Heid-Markstraße und Weichhorn-Pforzheim als Delegierte zur Landesversicherungs- anstalt gewählt worden sind; ferner sollen die Frauen ihre Invaliden- karten sich nicht ausbezahlen lassen, um sich für später ihre Rechte nicht zu verschärfen. Der Vorsitzende Gurrbach gab hierauf den Bericht über die Arbeiterausbildung vom 11. Mai. Er führte aus, daß der Ausschuß folgende Anträge stellte: den Arbeitern im städtischen Gas- werke bei zweijähriger Dienstzeit einen Sommerurlaub von 3 Tagen nach 3 Jahren

4	5	6	7	8	9	10	11
5	6	7	8	9	10	11	12
6	7	8	9	10	11	12	13
7	8	9	10	11	12	13	14
8	9	10	11	12	13	14	15
9	10	11	12	13	14	15	16
10	11	12	13	14	15	16	17
11	12	13	14	15	16	17	18
12	13	14	15	16	17	18	19
13	14	15	16	17	18	19	20
14	15	16	17	18	19	20	21
15	16	17	18	19	20	21	22
16	17	18	19	20	21	22	23
17	18	19	20	21	22	23	24
18	19	20	21	22	23	24	25
19	20	21	22	23	24	25	26
20	21	22	23	24	25	26	27
21	22	23	24	25	26	27	28
22	23	24	25	26	27	28	29
23	24	25	26	27	28	29	30
24	25	26	27	28	29	30	31
25	26	27	28	29	30	31	32
26	27	28	29	30	31	32	33
27	28	29	30	31	32	33	34
28	29	30	31	32	33	34	35
29	30	31	32	33	34	35	36
30	31	32	33	34	35	36	37
31	32	33	34	35	36	37	38
32	33	34	35	36	37	38	39
33	34	35	36	37	38	39	40
34	35	36	37	38	39	40	41
35	36	37	38	39	40	41	42
36	37	38	39	40	41	42	43
37	38	39	40	41	42	43	44
38	39	40	41	42	43	44	45
39	40	41	42	43	44	45	46
40	41	42	43	44	45	46	47
41	42	43	44	45	46	47	48
42	43	44	45	46	47	48	49
43	44	45	46	47	48	49	50
44	45	46	47	48	49	50	51
45	46	47	48	49	50	51	52
46	47	48	49	50	51	52	53
47	48	49	50	51	52	53	54
48	49	50	51	52	53	54	55
49	50	51	52	53	54	55	56
50	51	52	53	54	55	56	57
51	52	53	54	55	56	57	58
52	53	54	55	56	57	58	59
53	54	55	56	57	58	59	60
54	55	56	57	58	59	60	61
55	56	57	58	59	60	61	62
56	57	58	59	60	61	62	63
57	58	59	60	61	62	63	64
58	59	60	61	62	63	64	65
59	60	61	62	63	64	65	66
60	61	62	63	64	65	66	67
61	62	63	64	65	66	67	68
62	63	64	65	66	67	68	69
63	64	65	66	67	68	69	70
64	65	66	67	68	69	70	71
65	66	67	68	69	70	71	72
66	67	68	69	70	71	72	73
67	68	69	70	71	72	73	74
68	69	70	71	72	73	74	75
69	70	71	72	73	74	75	76
70	71	72	73	74	75	76	77
71	72	73	74	75	76	77	78
72	73	74	75	76	77	78	79
73	74	75	76	77	78	79	80
74	75	76	77	78	79	80	81
75	76	77	78	79	80	81	82
76	77	78	79	80	81	82	83
77	78	79	80	81	82	83	84
78	79	80	81	82	83	84	85
79	80	81	82	83	84	85	86
80	81	82	83	84	85	86	87
81	82	83	84	85	86	87	88
82	83	84	85	86	87	88	89
83	84	85	86	87	88	89	90
84	85	86	87	88	89	90	91
85	86	87	88	89	90	91	92
86	87	88	89	90	91	92	93
87	88	89	90	91	92	93	94
88	89	90	91	92	93	94	95
89	90	91	92	93	94	95	96
90	91	92	93	94	95	96	97
91	92	93	94	95	96	97	98
92	93	94	95	96	97	98	99
93	94	95	96	97	98	99	100

zu gewähren. Ferner soll den Eisenarbeitern, Seilern und Maschinen-, Feuerkammer-, sowie denjenigen Handwerkern und Arbeitern, welche aus den Oefen arbeiten, in den Sommermonaten vom 1. Juni bis 1. Oktober eine 10prozentige Dividende gewährt werden. Den Hand- 12 Uhr und Pfunds fünf Minuten vor 6 Uhr zu waschen. Weiter- dem wurde folgender Lohn tarif vorgelegt: für Justizakademie, Schlosser und Schmiede Anfangslohn 38 Pf. steigend den Jahr zu Jahr bis 70 Pf.; für Plauer und Zimmerleute Anfangslohn 43 Pf. in der- selben Weise steigend bis 50 Pf.; für Seiler und Maschinenisten An-

fangslohn 4,20 M. steigend bis zu 5,00 M.; für Ofenarbeiter Anfangslohn 4,20 M. nach halbjähriger Dienstzeit 4,50 M. steigend bis zu 5,00 M.; für Gasenarbeiter und Helfer Anfangslohn 3,20 M. steigend bis zum Höchstlohn von 4,00 M.; für Katernwärter sollen pro Nacht 2,00 M. bezahlt werden (jetzt 1,70 M.). Sämtliche Anträge, sowie der Vohntarif wurden dem Stadtrat zur Begutachtung überwiesen. Alsdann wünscht Kollege Dieg, daß eine Eingabe für die Manalarbeiter wegen Bezahlen der Ueberstunden und Sonntagszulage eingereicht werden soll. Hierauf wurde die Gründung einer Spar- und Ueberstunde-Kasse beschlossen und um 1/2 12 Uhr schloß der Vorsitzende die mittelmäßig besuchte Versammlung.

Strasburg. Versammlung am 4. Mai. Die Tagesordnung „Wie stellen wir uns zu der neuen Lohnhöhung?“ (Referent: Gauweiler Altvater und Stadtrat Geiler) war wohl die Ursache, daß diese Versammlung außergewöhnlich gut besucht war. Nachdem Altvater den Kollegen auseinandergesetzt hatte, daß im Grunde genommen sie selbst Schuld an den jetzigen miserablen Verhältnissen seien, weil die meisten von ihnen sich der Organisation fernhielten, forderte er sie auf, sich familiär in den Verband aufzunehmen zu lassen, da nur eine starke Organisation imstande ist, derartige Mißstände aus der Welt zu schaffen, wie sie zurzeit hier existieren. Da in dieser Versammlung die städtischen Führer zahlreich erschienen waren, die sich bisher beharrlich der Organisation fernhielten (zu ihrem eigenen Schaden, wie sich jetzt gezeigt hat), so war es dem Referent Geiler eine dankenswerte Aufgabe, denselben Zweck und Nutzen der Organisation zu erklären und sie über Pflichten und Rechte eines organisierten Arbeiters aufzuklären. Nachdem er noch das Verhalten der Stadtverwaltung ihren Arbeitern gegenüber beleuchtet hatte, schloß er seine Rede mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, der Organisation beizutreten und ihre bereits organisierten Kollegen zu unterstützen im Kampf um eine menschenwürdige Existenz. In der darauffolgenden Diskussion kamen allerhand Mlagen zum Vorschein, wie der oder jener bei der Lohnhöhung zu kurz gekommen, oder ganz übergangen wurde. In der Regel waren es gerade die alten Arbeiter, welche benachteiligt waren. Wisser wurden an Löhnen bezahlt bei der Straßenreinigung 2,40 M. — 2,70 bis herunter auf 2,10 M. (Hülfsarbeiter), also noch nicht einmal der ortsübliche Tagelohn (ab 1. Juni 2,90). Die Vorarbeiter hatten 3 M. aber die Sonntag mitbezahlt. Jetzt erhalten 6 Vorarbeiter einen Tagelohn von 3,50 M., der Meist 3,20. Folge davon: Große Unzufriedenheit. Bei den Arbeitern erhalten ungefähr ein Duzend den Höchstlohn von 3,10 M. (Glänzend! nicht wahr?), eine große Partie 3 Mark, der Meist 2,90, 2,85, 2,80, 2,70 und noch weniger. Folge davon: Große Unzufriedenheit. Viele alte Arbeiter mit 15, 18, 20, ja noch mehr Jahren Dienstalter erhielten nichts. Die bei der Müllabfuhr Beschäftigten erhalten 2,40. Wenn man bedenkt, daß in Strasburg alles sündhaft teuer ist, so sind diese Löhne doch sehr niedrig bemessen. Hoffen wir, daß die Stadtverwaltung sich bei Zeiten eines Besseren bestimmt. — Seitens der Führer und ihrer Gehilfen wurde noch das Verhalten des Inspektors einer scharfen Kritik unterzogen, derselbe hat in letzter Zeit sich dazu hinreizen lassen, die Leute ärgern und Lumpenvoll zu benamen. Momentar überflüssig. Der Erfolg der Versammlung war ein schöner. 52 Aufnahmen wurden gemacht, aber immerhin ist noch ein sehr großer Teil nicht im Verbands, und es wäre höchste Zeit, daß es auch bei diesen beginnt, zu dämmern. Den Neueingetretenen aber rufen wir zu: Halset fest und treu zu eurer Organisation, der Erfolg ist uns dann sicher!

Aus den Gemeinden.

Koblenz muß die Welt zugrunde gehen! Eine „Lohnaufbesserung“ gewährte neuerdings der Gemeinderat eines in Erfurt's Nähe gelegenen weimarischen Dorfes den Gemeindegewerkschaften und dem Gemeindegewerkschaften. Der Rat beschloß, diesen 15 M. pro Jahr mehr zu bewilligen. Da die Beschlüsse aber dann verworfen sind, Invalideitäts- und Krankengeld selber zu tragen, so bleibt ihnen von den 15 M. nur eine Summe von sage und schreibe — 41 Pf. übrig.

Traurige Gesichter bei den städtischen Arbeitern in Mainz gab es bei der Lohnzahlung in der ersten Maiwoche, als den armen Leuten an ihrem langen Lohn obendrein noch zwei Forderung abgezogen wurden. Mander ging gedankenvoll nach Hause, da eine Woche lang Somalhan's Mideinmeister sein mußte. Es ist hohe Zeit, daß die städtischen Arbeiter für Tage, die sie vom Staate gezwungen feiern, den Lohn festbehalten erhalten, wie dies der Stadtverordnete Seel in der Stadtverordnetenversammlung verlangte.

Die Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der städtischen Beamten Berlins sollen nach einem Magistratsbeschlusse künftig nur in Bezugsämtern von drei zu drei Jahren vom Jahre 1904 ab gerundet, von Amts wegen geprüft und alle in der Zwischenzeit eingehenden Anträge und Petitionen bis zu dieser Prüfung zurückgestellt werden. Bei der nächsten Etatsberatung finden nur diejenigen Anträge Berücksichtigung, die dem Magistrat bis zum 15. August d. J. eingegangen sind. Gegenwärtig liegen dem Magistrat nicht weniger als vierzehn Anträge auf Gehalts-erhöhung vor; sechs davon sind von der Stadtverordnetenversammlung

als Material überwiesen und acht beim Magistrat direkt eingegangen. Im Hinblick auf obigen Magistratsbeschlusse dürften bis zum 15. August ja noch einige hinzukommen.

Wesfen. Ueber 1000 hiesige Tagelöhner, darunter Arbeiter der städtischen Kanalisation, legten am 8. Mai die Arbeit nieder. Die Kanalisationsarbeiten mußten eingestellt werden.

Mixdorf. In der letzten Sitzung des Magistrats wurde dem Beschlusse der Tiefbaudeputation betreffs Erhöhung des Stundenlohnes für die bei den Kanalisationsarbeiten beschäftigten Hohlleger auf 60 Pf. für die Stunde zugestimmt.

Zusatz zum Krankengeld erhalten die Arbeiter der Gemeinde Brunenwald, Berlin nach den letzten Gemeindebeschlüssen in Höhe von 1 M. pro Krankentag.

Auch in Halle a. S. wurde über die Frage einer Zuschussleistung zum Krankengeld verhandelt; die Veratung jedoch nicht beendet. Vorausichtlich wird der Zuschuss bis zur Höhe von 2/3 oder 1/2 des gewöhnlichen Entlohens auf eine noch zu bestimmende Zeit in Krankheitsfällen und bei militärischen Übungen gewährt werden.

In Chemnitz ist das Rauchen verboten! Wie uns mitgeteilt wird, rief Anfang Mai ein Straßenwärter die ihm unterstellten Arbeiter zusammen und hielt ungefähr folgende Ansprache: „Seid ihr alle da? Also laut Raucherbeschlusse darf niemand mehr während der Arbeit rauchen. Wenn es bei jemand geüben wird und er leugnet, so wird er angepöbeln. Wenn er nach Tabak riecht, wird er entlassen. Daß ihr es wisst!“ Diese Ansprache ist kurz und bündig. Was mit dem Verbot des Rauchens bewacht werden soll, ist uns unklar. Ob man glaubt, daß die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters größer wird, wenn er keine Pfeife oder seine 1 Pfennig Zigarette nicht mehr anzubrennen braucht? Für so Kleinlich möchten wir unseren Stadtrat aber nicht halten. Die Sache hat wohl einen anderen Haken. Am jährigen bei diesem Verbot erscheint uns die Kontrolle. Sie wird sich zu einem der verantwortlichen aber nicht gerade angenehmen städtischen Beamten ausbilden. Soll sie wirklich durchgeführt werden, müssen gepöbelte und verprügelte Arbeiter, die aus dem Straßenbau etwas verdienen, angeheult werden. Eine alljährliche Prämierung des besten Niederst wäre vielleicht am Platze.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Während diese Zeilen niedergeschrieben werden, rüsten sich allerorten die Delegierten zur Meile zum **Männer Gewerkschafts-Kongress**. Es ist dies der fünfte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. Die Reihenfolge dieser Kongresse ist folgende: Halberstadt (1892), Berlin (1896), Frankfurt a. M. (1899), Stuttgart (1902). Die wachsende Bedeutung dieser Kongresse ergibt sich am besten wohl aus den Mitgliederzahlen: 1892 237 091 (1893 fast die Ziffer sogar auf 223 530 und erreichte damit den niedrigsten Stand); 1896 329 230; 1899 580 173; 1902 733 206; 1905 über 1 000 000. Wohl! Das fordert: entlassen zu einem Vergleich heraus. 1893, im Jahre des gewerkschaftlichen Tiefstandes, lagte bekanntlich in Köln der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, der den ärgsten pessimismus hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten der deutschen Gewerkschaften aussprach. Es waren damals nur wenige Männer, wie v. Ein u. a., die ihre gewerkschaftliche Ueberzeugung hochhielten. Köln 1893 und Köln 1905! Hier beweist uns die Zeitgeschichte wieder einmal recht augenfällig, daß sich die Entwicklung wenig nach Prophezeiungen und dogmatischen Schulgrundsätzen richtet. Die vorläufige Tagesordnung ist bekannt, und wenn diese Nummer unserer Lesern zu Gesicht kommt, wird der Kongress fast beendet sein. Die Verhandlungen werden sich im allgemeinen ruhig und mit gewohnter Gründlichkeit abwickeln. Von einigen Seiten ist vorgeschlagen worden, die Grenzstreitigkeiten, die gegen unseren Verband ausgebrochen wurden, zum Gegenstand der Beschlußfassung zu machen. Dies wird natürlich nicht geschehen können, wenn nicht über die Grenzstreitigkeiten im allgemeinen verhandelt wird. Unsere Vertreter würden gegebenenfalls Verwahrung dagegen einlegen, daß gerade eine Organisation, und dazu die unsrige, als Verbandsobjekt herausgeriffen wird. Wir sind übrigens der Meinung, daß diese Fragen sich durch Kongressbeschlüsse nicht endgültig „regeln“ lassen. Hier spricht ein härterer Diktator mit: die natürliche, sich aus den Verhältnissen ergebende Entwicklung. Auch bezüglich der Waisfeier dürfte es kaum zu großer Erregung kommen. Hier und da haben Prinzipienwächter ins große Horn getutet und auf die große Gefahr der Verschumpfung hingewiesen, vor welcher die deutschen Gewerkschaften wieder einmal stehen. Die Tätigkeit der Gewerkschaften Jahr für Jahr, Tag ein, Tag aus, ist doch schließlich nichts anderes als die Praxierung der Grundsätze, die am 1. Mai gepredigt werden.

Wir würden es gern sehen, wenn die Maidemonstration einheitlich auf den Sonntag verlegt würde, der dem 1. Mai am nächsten liegt, zumal die Feststellungen in 11 Städten ergeben haben, daß im Jahre 1904, wo die Waisfeier auf einen Sonntag fiel, 117 000

Demonstranten gegen 44 000 in diesem Jahre beteiligt waren. Die gegenwärtige Form der Meisier beschränkt nicht. Insbesondere sollte die absolute Ruderschüßbarkeit der allgemeinen Arbeitsruhe an irgend einem Wochentage unter den heutigen Verhältnissen mehr gewürdigt werden. Bei weiterer Forcierung der Arbeitsruhe an Wochentagen wird die Meisier höchstens verstanden.

Die Genossenschaftsbewegung wird auf dem bevorstehenden Kongress der Gewerkschaftsbewegung hoffentlich näher gebracht werden, und vor allen Dingen auch insofern, daß die Geschäftsleitungen und Generalversammlungen der Genossenschaften endlich einmal grundsätzlich sowohl als auch praktisch sich auf den Standpunkt stellen, die Beschlüsse der Gewerkschaften zu respektieren.

Da gibt es viele Genossenschaften, und darunter sogar bedeutende Unternehmungen, die wenig sozialen Geist ihrem Personal gegenüber verschöpfen lassen.

Die Vertretung über die gesetzliche Vertretung der Arbeiter in Arbeitskammern oder Arbeiterparlamenten wird den Organisationen ein neues weites Arbeitsfeld zeigen.

Werden wir also in Köln a. Rh. die Vertreter der gesamten Gewerkschaftsbewegung versammelt sehen, so führten die vergangenen Wochen die Vertreter der Einzelverbände zu eifriger Arbeit zusammen.

Der Zentralverband der Zimmerer hielt in Dresden seine 16. Generalversammlung ab. Die Mitgliederzahl ist auf 37 000 und die Auflage des Verbandsorgans auf 45 000 gestiegen. Das Verbandsvermögen beträgt 706 735,41 Mark. Mit 103 gegen 15 Stimmen wurde die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Der Zimmererverband hat, wie auch mehrere andere Verbände, Beitragsklassen, die nach dem Stundenlohn eingeteilt sind. Der Verbandsbeitrag wurde wie folgt festgesetzt:

	Für die Hauptklasse	Für den dr. Klasse
1. Lohnklasse bis inkl. 80 Pf. Stundent. pro Woche	25	5
2. " " " 40 " " " " " "	30	10
3. " " " 50 " " " " " "	40	15
4. " " " 60 " " " " " "	45	20
5. " " " über 60 " " " " " "	50	25

Vom nächsten Jahre ab steigt der Wochenbeitrag für die Hauptklasse in allen Klassen um weitere 5 Pf., so daß er dann zusammen 35, 45, 60, 70 und 80 Pf. betragen wird. Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung ist dementsprechend ebenfalls in 5 Stufen eingerichtet.

Den Lithographen und Steinrudern ist es nach jahrelangen Bemühungen gelungen, eine einheitliche Organisation zu schaffen. Der Einzelverband und der Verband haben sich auf der gemeinsamen Tagung in Berlin endgültig verschmolzen, nachdem eine Urabstimmung in diesem Sinne votierte. Sobald das neue Statut des Einzelverbandes in Kraft tritt, wird der Verband mit allen Mitteln und Kräfte übernommen werden.

Nach der Verschmelzung dürfte die Organisation über 15 000 Mitglieder zählen. Das Vermögen des Einzelverbandes beträgt rund 351 000 Mk. und das des Verbandes 22 550 Mk. Die Beiträge sind für die Hauptklasse, also ohne die Sozialzuschläge, auf 1,20 Mk. pro Woche festgesetzt worden. Mit dieser Beitragsleistung tritt die Organisation an die erste Stelle aller größeren Verbände. Nur der Verband der Notenschreiber erhebt einen Beitrag von 1,10 Mk. bis 1,10 Mk. pro Woche. Die Unterstützungsweiche sind ausgebaut. Der Sitz des Bundes wird von Frankfurt a. M. nach Berlin verlegt; der Bundesrat, der mit Rücksicht auf sein hohes Alter zurücktritt, erhält eine jährliche Pension von 2000 Mk. Das Verbandsorgan „Graphische Presse“ bleibt in Leipzig.

Der Gasarbeiterverband hielt seine 7. Generalversammlung in Jena ab. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf 7500 und das Verbandsvermögen auf 25 720 Mk. Der Verband hatte schwere Zeiten in den letzten Jahren durchgemacht und zog daraus die Lehre, eine neue Streitbestimmung zu schaffen: der Vorstand erhält das Recht, in jedem Stadium eines Streiks oder einer Aussperrung eine Einigung zur Beilegung der Differenzen herbeizuführen und den Kampf, sobald er aussichtslos oder für die Organisation schädlich erscheint, mit Zustimmung der Vertrauensleute in der betreffenden Lokalerwaltung zu beenden. Die Streitenden sind gehalten, sich solchen Beschlüssen zu fügen. Um die Agitation energischer zu betreiben, wurde die Anstellung von Gaubeamten mit feiner Ausbildung beschlossen. Neben die Übernahme des Rahmorgans, das im Privatverlage des Genossen „Sonn“ erscheint, entspann sich eine lebhafteste Tätigkeit, die aber zum Ende nicht führte. Der nächste Verbandstag soll diese Angelegenheit lösen.

Die 12. Generalversammlung des Verbandes der Lederarbeiter fand auch in Dresden statt. Die Mitgliederzahl beträgt 5700, das Verbandsvermögen rund 80 000 Mk. Durch die Untersuchungsaffäre Weisewitz wurde der Verband um 23 557 Mk. geschädigt. Die „Lederarbeiter Zeitung“, die bisher 14tägig erschien, soll monatlich dreimal erscheinen. Ferner sollen zur Vertretung einer regeren Agitation besoldete Gaubeamte angestellt werden. Bezüglich der Verschmelzung zu einem Industrierverband sollen Verhandlungen mit dem Schuhmacherverband eingeleitet werden. Für die weiblichen Mitglieder wurde der Beitrag auf 20 Pf. pro Woche festgesetzt. Das Unterstützungsweiche wurde erheblich ausgebaut. Von den sonstigen

Verhandlungen sind die über die Taktik bei Lohnbewegungen und Tarifverträgen zu erwähnen. Auch diese Organisation stimmt dem Abschluß von Tarifverträgen zu.

Der 2. Verbandstag der deutschen Hotelbierer fand in Frankfurt a. M. statt. Mitgliederzahl: 1721. Stellenvermittlung, Arbeitslosigkeit, Kost- und Wohnungsverhältnisse und Lohnsätze waren die wesentlichsten Verhandlungsgegenstände. Den Anschluß an die Generalkommission lehnte der Verbandstag mit 21 gegen 12 Stimmen ab. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich ein ungläubiger Dünkel, den man unter Hotelbiereern gar nicht vermutet hätte, und der sich darauf stützt, daß sie öfters die Ehre haben, für besser gekleidete Herrschaften, manchmal sogar für reisende Prinzen, die Stiefel putzen zu dürfen. Deshalb, so wurde argumentiert, müsse man auf „Standesdresche“ (Müt) halten und dürfe nicht das Edium auf sich laden, als stände man zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in irgend welcher Beziehung.

Erwähnen wir zum Schluß noch den ebenfalls in Frankfurt stattgefundenen Verbandstag der Transport- und Verkehrsarbeiter. Diese Organisation hat sich sehr gut entwickelt und zählt über 40 000 Mitglieder, die sich auf folgende Gruppen verteilen: 10 560 Hausdiener, Bader usw., 13 000 Müllner, 783 Trojksenkutscher, 2100 Bierfahrer, 3184 Expeditions- und Speicherarbeiter usw., 1304 Kohlenarbeiter, 6006 diverse Hilfsarbeiter, 2300 Straßenbahner und Omnibusangestellte, 812 Fensterreiniger, 787 Arbeiterinnen und 413 Diverse. Für unsere Leser dürfte interessieren, daß die Gasarbeiter von Pant-Wilhelmshafen auch dem Transportarbeiterverband angehören. Ein sehr interessanter Beitrag zum Kapitel Grenzfreit. Ferner finden wir Gasarbeiter und Angestellte der Wagh- und Schließgesellschaften usw. darin. Das Verbandsvermögen beträgt 33 400 Mk. Der Beitrag wird in Klasse I auf 40 Pf., Klasse II auf 35 Pf., Klasse III auf 30 Pf. und für weibliche Mitglieder auf 20 Pf. pro Woche festgesetzt. Das Eintrittsgeld soll 1 Mk. betragen.

Von größerer Bedeutung waren die Verhandlungen über die Lohnsätze der Genossenschaftsangehörigen, die höchstwahrscheinlich auf dem Gewerkschaftskongress noch eine Rolle spielen werden. Die Vertreter des Transportarbeiterverbandes sind mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den Genossenschaften nichts weniger als zufrieden.

Alles in allem betrachtet legen diese Verbandstage ein berechtigtes Zeugnis ab von dem Vorwärtsschreiten der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Le Traducteur“ und „The Translator“ sind zwei Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen und deutschen Sprache. Sie sind so eingerichtet, daß dem französischen oder englischen Original gute Uebersetzungen oder erklärende Anmerkungen beigegeben sind, die dem Lernenden leicht über die Schwierigkeiten hinweghelfen und das Studium außerst angenehm und fast mühelos machen. Außerdem vermitteln diese Blätter die Korrespondenz in fremder Sprache, jedoch manne unserer Leser in ihnen ein willkommenes Mittel zu seiner Vervollkommenung finden wird. Probeabnummern kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ oder des „Translator“, in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Kunstgeschichte. Bearbeitet von Dr. Max Schmid, Professor der Kunstgeschichte an der königlichen Technischen Hochschule zu Aachen, nebst einem kurzen Abriss der Geschichte der Musik und Oper von Dr. Clarence Sherwood. Ein Band von 850 Seiten Text mit 111 Abbildungen und 10 Tafeln in feinstem Farbendruck. Erscheint in 20 Lieferungen a 30 Pf. Auch komplett in seinem Leinwandband gebunden zum Preise von 7,50 Mk. zu beziehen. Der Verfasser der „Kunstgeschichte“ will nach der ersten uns vorliegenden Lieferung hier eine populäre Darstellung im besten Sinne des Wortes geben, deshalb wird der wissenschaftliche Apparat nicht mit übertriebener Gründlichkeit in den Vordergrund gestellt, sondern tritt bescheiden zurück gegenüber dem Streben, die einzelnen Epochen in ihrem kulturgeschichtlichen Zusammenhang anschaulich zu machen. Ein solches Wert soll nicht nur ein Lehrbuch, sondern vor allem ein Lesebuch sein. Des Verfassers Absicht ist daher nicht so sehr auf Vermehrung des Wissens, als auf Belebung der Anschauung und Empfindung gerichtet. Trotzdem ist diese Kunstgeschichte, den modernen Ansprüchen gemäß, umfassender als viel frühere. Nicht nur die Technik der Künste ist eingehend erörtert, nicht nur die Kunst der primitiven Völker, sowie der Stagnation ist eingehender behandelt. Auch die Kunst des 19. Jahrhunderts ist bis auf die Moderne herab, bis auf Altinger und Thoma, bis auf Rodin und Bartholomé in vortrefflichen knappen Kapiteln dargestellt. Als Anhang ist der „Kunstgeschichte“ ein, wie schon der Titel des Buches besagt, kurzer Abriss der Geschichte der Musik und Oper eingefügt, deren Verfasser es dennoch verstanden hat, in dem knappen Rahmen ein treffliches Gesichtsbild zu entwerfen, welches von den Umständen der Kunst der Musik bis zu Weingartner und Richard Strauß reicht und jeden befriedigen wird, der auf diesem Gebiete des menschlichen Wissens einen klaren Ueberblick zu erlangen sucht. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Verlagsbuchhandlung in der Aus-

Stattung des vollständigen Wertes ihr Beites getan hat, und es kann wohl behauptet werden, daß dem Buche nicht nur wertlich, sondern auch, was den billigen Preis bei würdiger Ausstattung angeht, jede Konkurrenz fehlt. So erfüllt das Werk wahrhaft seinen Zweck, einen Auschnitt des künsterlichen Wissens unserer Volke darzubieten. Die eine Lieferung der „Munzgeschichte“, welche ungemein reichhaltig ausgestattet und mit 3 Tafeln, darunter Vödlins Porträt in prächtigem Farbendruck, geziert ist, wird von der Verlagsbuchhandlung auf Verlangen unisonit und postfrei versandt, so daß jedermann in der Lage ist, sich ein Urteil zu bilden.

Verbandsteil.

Adressen der Verbandsleitung.

Geschäftsstelle des Verbandsvorstandes:
 Berlin W. 57, Bülowstr. 21. Telefon: Amt IX, 6488.

Alle Korrespondenzen, die den Verbandsvorstand betreffen, sind an den geschäftsführenden Vorsitzenden **Dr. Voersch**, alle Geldsendungen für die Verbandskasse an den Verbandskassierer **G. Ahmann**, alle Zuschriften für die „Gewerkschaft“ nur an **H. Bürger** zu richten.

Sämtliche Beschwerden gehen zunächst an den Vorsitzenden des Verbandsvorstandes, **Dr. Voersch**; gegen die Entscheidungen des Verbandsvorstandes ist Beschwerde bei dem Verbandsauschuß, Hamburg, Hüter 11, zulässig.

Zweigbureau Stuttgart: Möhringerstr. 122. Sekretär: **C. Altbater**.

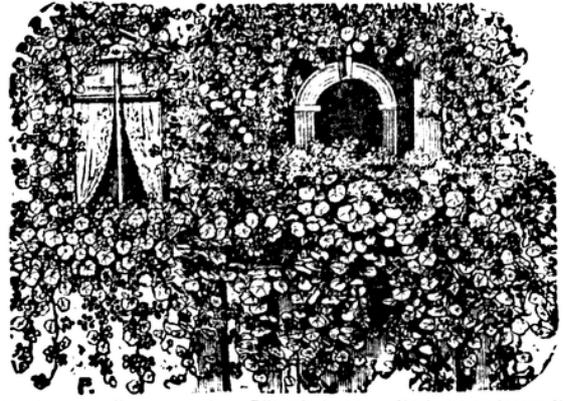
Zweigbureau Leipzig: Wiesenstr. 25. Sekretär: **A. Schäfer**.

Zweigbureau Berlin-Brandenburg: Berlin, Bülowstr. 21.

Ortsbureau Berlin: Alte Jakobstr. 145. Sekretär: **E. Dittmer**.

Ortsbureau Hamburg: Hüter 11. Sekretär: **H. Schönberg**.

Ortsbureau Dresden: Rigenbergstr. 2. Sekretär: **J. Lischen**.



Japanischer Balkonschmuck — Blütmischung. — Nach besonderem Verfahren innerhalb 4 Tagen aufgehend. Anweisung liegt bei.

Um Fenster, Balkon, Laube, kahle Wände **rasch** mit anmutigen Grün und Blumen zu bekleiden, beziehe man ein Samen-Sortiment japanischen Balkonschmuck von blühenden Kletter- und Schlingpflanzen — Blütmischung — das ganze Sortiment Samen Mk. 1

ein Doppelsortiment Mk. 2.— Das Sortiment enthält zauberhaft rasch wachsende alles über und über mit anmutigen Grün schaukeltende Kletterpflanzen, die ein farbenprächtig blumiges Kleid schnell über alles Unansehnliche am Haus und im Garten werfen, süßen Wohlgeruch über die Umgebung ausbreiten.

Alle Blumentöpfe, Kästen, Kübel, freies Land, auch schlechter Boden ist verwendbar: nach drei Tagen gehen die Samen auf, man hat später nichts weiter zu tun, als die Zweige hoch zu binden und dann rankt es und blüht so den ganzen Sommer hindurch bis tief in den Herbst hinein. Die Aufträge sind zu richten an die Blumengärtnerei Petersom Erfurt, welche Firma den Verkauf und den Versand vornimmt.

Mustersortiment Erfurter Gemüsesamen: Radies, Rettig, Salat, Petersilie, Zwiebeln, Gurken, Blumenkohl etc. im ganzen 10 Pakete Samen Mk. 1 * * * Thüringer Wetterhäuser mit Starkasten und grossem Thermometer 24 Pf. * * * Eucalyptus Fieberheilmittel, der berühmte Luftverbesserer Eucalyptus globulus, der heilsame Kräfte birgt gegen Influenza und Asthma, sollte in keinem Wohnzimmer, vor allem in kleinen Schlafzimmern fehlen! Eucalyptusbaum-Pflanzen in Töpfen 75 Pf., 3 Exemplare Mk. 2 * * * Zimmerakazie in Töpfen 35 Pf.

„Die Gewerkschaft“ erscheint alle 14 Tage freitags und ist durch die Post unter Nr. 3164 der Postzeitungsliste zu beziehen. Der Bezugspreis für das Vierteljahr ist 2 Mk. (ohne Postgeld). — Anzeigen kosten die viergespaltene Zeile 0,40 Mk., bei Wiederholungen billiger. Für Verbands-Filialen und Mitglieder 0,15 Mk. netto.

Achtung! Magdeburg! Achtung!
Einladung zum Stiftungs-fest!

Unser Stiftungsfest, bestehend aus Konzert, Theater und Ball, findet am **Sonnabend, den 27. Mai 1905** im **Eulsenpark, Spielgartenstr. 1**, statt. Während der Kaffeepause: **Theater-Vorstellung**

Zur Aufführung gelangt: Die Tochter des Staatsanwalts. Schwank in einem Akt, ausgeführt von dem Theaterverein „Freie Volksbühne“

Anfang 8 Uhr Programm 20 Pfennig Ende ???

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt Das Festkomitee

== Im Erscheinen befindet sich: ==

Meyers Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.

Grosses Konversations-Lexikon.

Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens.

20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.

Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

148.000 Artikel u. Vorlesungen.

11.000 Abbildungen, 1400 Tafeln und Karten.

Fettwaren, alle Sorten, gut und billig, kauft man in **Hamburg** bei dem Verbandskollegen **Joseph Aichnauer,** Hamburg, Niedernstr. 55, Keller.

Allgemeiner Bau-, Spar- und Wohnungsverein „Solidarität“, E. G. m. b. H. Anmeldungen, Mitgliederechnungen, Auskunft in der Geschäftsstelle Berlin W. 57, Bülowstr. 21.

Ganz umsonst und portofrei kann sich Jeder von uns für entsprechenden Wert Waren erwerben.

Mit einem Inbolschnitt 10 Pf. mehr.
 Natürliche Größe

Man verlange neuesten Prachtkatalog mit 2500 Abbildungen nebst näherer Angabe ebenfalls gratis und franko (ohne Kaufzwang). Derselbe enthält grosse Auswahl in Rasiermessern, Rasierapparat, Haar- und Schneidemaschinen, Taschen-, Tafelmessern und Gabeln, Damen-, Haarschneidern, Taschen-, Feld- oder Gartenschneidern, Sensen, Gartenschneidern, Brot-, Schlacht-, Gemüse-, Hack- und Wiegemessern, Uhren, Uhr- und Halsketten, Broschen, Ringe, Portemonnaies, Pfeifen, Spazierstöcke, Fernrohre, Feldstecher, Schuss- und Stichwaffen, Musik-Instrumenten, Schmuck- und Haushaltungsgüter, Spielzeugen u. Christbaumschmuck etc. etc. Gleichzeitg offeneren wir, damit sich Jeder von der Güte und Qualität unserer Waren überzeugen kann, franko Rasiermesser No. 50 aus magnetisiertem Silberblech, fein bohrgeschliffen, fertig zum Gebrauch, mit feinem schwarzen Holz- und Etui für nur Mk. 1,75, 30 Tage zur Probe mit 5 Jahren Garantie. — Besteller verpflichten sich, den Betrag einzusenden oder das Messer zu retournieren. Mehr wie ein Stück nur gegen Nachnahme.

Gebrüder Bell, Gräfrath b. Solingen.
 Autoteles Fabrikvergnügens mit Platz, gegründet 1876